

sität Kiel. Hrsg. von Jörn Eckert und Hans Hattenhauer. Heidelberg 1991.

Die Sprache des Rechts und der Verwaltung. Bearb. von Ingulf Radtke. Stuttgart 1981. (Der öffentliche Sprachgebrauch Bd. II).

Stammler, Wolfgang, Popularjurisprudenz und Sprachgeschichte im 15. Jahrhundert. In: Ders., Kleine Schriften zur Sprachgeschichte. Berlin 1954, 13—18.

*Ruth Schmidt-Wiegand, Münster*

## 7. Deutsche Sprachgeschichte und politische Geschichte

1. Politische Kommunikation
2. Politische Sprache
3. Politische Lexik
4. Politische Rhetorik
5. Politische Pragmatik
6. Fazit: Forschungsstand und -desiderate
7. Literatur (in Auswahl)

### 1. Politische Kommunikation

Politik ist gesellschaftsrelevantes Handeln von Gruppen- bzw. Institutionsrepräsentanten zur Mehrung und Erhaltung des Gemeinwohls und/oder zur Durchsetzung bzw. zum Abgleich materieller oder ideeller Gesamt- oder Partikularinteressen und besteht zum Großteil in der Diskussion und Bestimmung gesellschaftsintern wie -extern verbindlicher Verfahrensregelungen sowie entsprechender Handlungsentscheidungen. „Politisches Handeln wird durch (mit) Sprache begleitet, beeinflusst, gesteuert, geregelt, durch Sprache beschrieben, erläutert, motiviert, gerechtfertigt, verantwortet, kontrolliert, kritisiert, be- und verurteilt.“ (Grünert 1983, 43) Unabhängig von der jeweiligen Herrschaftsform ist Politik daher zum weitaus überwiegenden Teil politische Kommunikation; in der modernen Medienwelt ist sie es sogar so sehr, daß die These vertreten worden ist, politische Kommunikation habe politisches Handeln weitgehend ersetzt, Politik sei „symbolisch“ geworden (Sarcinelli 1987; Meyer 1992).

Unter politischer Kommunikation sind, mit Erfurt (1988, 107), alle zeichenhaften Handlungen zu verstehen, „die die politischen Beziehungen zwischen wie auch innerhalb von politischen Subjekten ausdrücken“. „Politische Kommunikation [...],

- impliziert das Zusammenwirken von sprachlichen und nicht-sprachlichen Handlungen;
- ist intentional und überwiegend auf die Organisation politischer Bewußtseinsinhalte und gesellschaftlicher Praxis gerichtet;

- hat meist einen kollektiven Empfänger und einen individuellen Autor und ist letzten Endes immer für ein Kollektivum bestimmt;
- ist in ihrer thematischen und interaktionalen Gebundenheit historischen Veränderungen unterworfen;
- verändert sich in ihren Formen sowohl mit der technischen Entwicklung wie auch im Prozeß der Veränderung der Subjekte selbst.“ (Ebd., 107).

Danach ist politische Kommunikation durch das Nebeneinander von verbalen und nonverbalen Zeichenhandlungen, durch Intentionalität sowie durch die Ausrichtung auf einen kollektiven Rezipienten gekennzeichnet. Die eigentliche Existenzweise der politischen Kommunikation, fügt Erfurt hinzu, bestehe in den Diskursen der politischen Subjekte. Und die Diskurse sind ebenso dem historischen Wandel unterworfen wie die verbalen Mittel, derer sie sich in je spezifischer Weise bedienen: Wortschatz, rhetorische Formen, Sprechakttypen sowie Textmuster und -stile. Ausprägung und Struktur solcher Diskurse wiederum sind Ausdruck der jeweiligen Herrschaftsform und Spiegel politischer Denkweisen und Problemstellungen sowie des zeit- bzw. gesellschaftstypischen Zustandes politischer Kultur.

Politische Kommunikation macht zwar auch von nonverbalen Zeichen wie etwa Gesten, Ikonen (Abbildungen) und Symbolen (Fahnen, Wappen, Gebäuden usw.) Gebrauch, vor allem aber bedient sie sich der Sprache: „[...] das Wort ist ein mächtiges Instrument der Politik.“ (Klaus 1971, 9)

### 2. Politische Sprache

Politische Sprache ist entweder das politikbezogene Sprechen der Bürger bzw. die politische Mediensprache der Journalisten, oder sie ist Politiksprache, die — je nach Adressatenbezug — in die politikinterne Sprache in der Politik und die nach außen ans Staatsvolk gerichtete Politiker-

sprache unterschieden werden kann (vgl. Burkhardt 1996, 80 ff.).

Weil Politik essentiell auf die Mittel der Sprache angewiesen ist, aus deren Ensemble sie zugleich eine für ihren Bereich spezielle Auswahl trifft, läßt sie sich auch als „in sich differenzier-ten Großbereich der Kommunikation [betrachten], in dem Meinungen gefaßt werden und Prozesse ablaufen, die der Herstellung und Durchsetzung verbindlicher oder auch umstrittener gesellschaftlicher Entscheidungen dienen.“ (Strauß/Haß/Harras 1989, 29) Je nach dominierendem Zweck besteht daher der Kommunikationsbereich Politik seinerseits aus unterschiedlichen Teil- und Funktionsbereichen, deren korrespondierende Wortschätze Dieckmann (1975, 50) in „Ideologiesprache“, „Institutionssprache“ und „Fachsprache des verwalteten Sachgebietes“ unterteilt hat. Nach dem Grad des Öffentlichkeitsbezugs haben Strauß/Haß/Harras (1989, 30 f.) dagegen zwischen „Binnen- oder institutionsinterner“, „institutionsexterner“ (d. h. interinstitutioneller) und „öffentlich-politischer“ Kommunikation unterschieden. Über seine genannten Wortschatzunterscheidungen hinaus hat auf der Ebene des Sprachstils wiederum Dieckmann die „Funktionssprache“ als „der organisatorischen Verständigung innerhalb des staatlichen Apparates und seiner Institutionen“ dienende und die „Meinungssprache“ als ideologische Deutungen nach außen an die Öffentlichkeit vermittelnde Sprachschicht voneinander abgehoben (1975, 81). Während Sprache im Innenbereich der Politik zum überwiegenden Teil aus den verschiedenen, funktionssprachlichen Wortschätzen der Sprache des verwalteten Sachgebietes besteht, zielt die nach außen gerichtete Politikersprache auf den Erwerb, die Ausübung und die Sicherung von Macht und ist durch den Gebrauch ideologiesprachlicher Wortzeichen, d. h. durch Meinungssprache gekennzeichnet, die die Medien größtenteils reproduzieren.

Politik ist die Regelung von Interessen- und Ideologiekonflikten, die kommunikativ entweder durch öffentliche Meinungskonkurrenz ausgetragen oder durch gewaltsame Meinungsmonopolisierung entschieden werden können, wie sie sich historisch in vielfältigen Maßnahmen der Zensur und Sprachlenkung verwirklicht hat. Doch in Gesellschaftssystemen aller Art machen die Durchsetzung politischer Ziele und die Sicherung von Herrschaft zumindest eine gewisse Grundakzeptanz auf seiten der Bevölkerung erforderlich, die sich durch Gewaltandrohung und -anwendung allein wohl „fördern“, aber nicht erzwingen ließe, sondern im wesentlichen kommunikativ herbeigeführt werden bzw. erhalten werden muß. In jeder Herrschaftsform bleibt die politische Kom-

munikation im Internum der Politik von Reglementierungen weitgehend frei, das politische Sprechen der Bürger wird sich überall seine Spielräume schaffen. Während jedoch in totalitären Systemen Politikersprache und politische Mediensprache einseitige Agitation und Propaganda und von daher letztlich identisch sind, blüht in pluralistischen Demokratien der öffentlich-kontroverse Diskurs. Im Wechselspiel der politischen Kräfte finden hier die diskutierten Inhalte ihre passenden lexikalischen Ausdrucksformen.

Da politisches Handeln und Sprechen interesegeleitet ist und auf möglichst breite Zustimmung abzielt, ist politische Kommunikation unter „perlokutionären“ Gesichtspunkten generell zwischen den Polen (argumentativ-rationales) *Überzeugen* und (eher gefühlsmäßig-rhetorisches) *Überreden* ausgespannt. Mit Blick auf die Tatsache, daß auch dem Überreden/Überzeugen unterschiedliche Adressatenbezüge, Mittel und Zielsetzungen zugrunde liegen können, differenziert Grünert (1983, 45 ff.) zwischen vier Diskurstypen, die er mit dem bekannten, vom Philosophen Wittgenstein entlehnten Terminus als „Sprachspiele“ bezeichnet:

- (1) das „regulative Sprachspiel“, das mit Hilfe von Setzungen innergesellschaftlich die Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten markiert und dessen Texte: Verfassung, Gesetz, Verordnung, Erlaß, Verfügung, Dekret, Edikt, Bulle usw. Ausdruck der jeweils gültigen Herrschaftsstrukturen sind;
- (2) das „instrumentale/begehrende Sprachspiel“, in dem sich die Regierten den Regierenden gegenüber dadurch zur Geltung bringen, daß sie Wünsche äußern, Bitten vortragen, Petitionen einreichen, Forderungen stellen oder gar Widerstand leisten;
- (3) das „integrative Sprachspiel“, das auf die Erzeugung bzw. Erhaltung von Gruppensolidarität und Kollektivbewußtsein gerichtet ist, in dem die verwendeten konnotationsgeladenen Schibboleth-Wörter die Funktion eines „Gruppenabzeichens“ übernehmen und zu dem etwa Parteiprogramme, politische Gemeinschaftslieder oder „Reden des *genus demonstrativum*“ zu rechnen sind;
- (4) das „informativ-persuasive Sprachspiel“, das der Erzeugung eines bestimmten Bewußtseins sowie der Meinungssteuerung dient, „das öffentliche Bild gegenwärtiger politischer Kommunikation nahezu vollständig“ dominiert und in drei Varianten erscheint:
  - (a) „politische Theorie“,
  - (b) „praktische“ Information (zur Vorbereitung regulativer Sprachspiele) und
  - (c) Propaganda.

Im Lichte dieser Kategorien ist die Historiographie der politischen Sprache für Grünert (1984,

31) „als die Beschreibung der Geschichte von Sprachspielen, der Geschichte des Verfügens und Verhinderns, der Durchsetzung und der Wirkung von Sprachspielen“ zu verstehen. Weil sich die vier Diskurstypen in der Praxis auf vielfältige Weise überlappen und durchdringen, erschließt sich die zunächst als streng sachorientiert erscheinende Trennung unterschiedlicher Kommunikationskonstellationen und -formen dem näheren Hinsehen als typologische Differenzierung. Sind in totalitären Gesellschaften „integratives“ und „informativ-persuasives“ Sprachspiel letztlich Teil des „regulativen“, so läßt die politische Kommunikationspraxis der heutigen „Mediendemokratie“ eher die Tendenz erkennen, das „regulative“ und das „integrative“ Sprachspiel in der Dominanz des „informativ-persuasiven“ zum Verschwinden zu bringen. Daß es in der kommunikativen Praxis nur Mischformen gibt und exakte Grenzziehungen daher unmöglich sind, ändert jedoch nichts an der Nützlichkeit der typologisch-heuristischen Unterscheidungen, die von Grünert (1985) nutzbringend auf Textdokumente der Zeit zwischen der 1815 erfolgten Gründung des Deutschen Bundes und der Revolution von 1848/49 angewandt werden.

Was im Rahmen der „Politolinguistik“ (Burkhardt 1996) bisher untersucht wurde, war zum weitaus überwiegenden Teil Ideologie- und Meinungssprache, d. h. der je zeitspezifische Wortschatz der „Credenda“ und „Miranda“ (Lasswell, Leites et al. 1949, 10 ff.), wie er zum „informativ-persuasiven“ Sprachspiel gehört. Zumeist stand dabei die Sprache der jeweils eigenen Zeit oder der jüngeren Vergangenheit im Vordergrund der Betrachtung.

### 3. Politische Lexik

Politische Auseinandersetzungen werden in erster Linie auf der Grundlage zentraler Wörter ausgetragen. V. a. Schlagwörter werden gebildet und verwendet, um innerhalb themenzentrierter Diskurse für das jeweils eigene politische Lager konzeptuelle „claims“ abzustecken und deren Anerkennung öffentlich durchzusetzen. „Schlagwortforschung“, das Modell des „Begriffe Besetzens“ und „Diskursanalyse“ markieren verschiedene, doch aufeinander bezogene Etappen des linguistischen Studiums historisch-politischer Lexik.

#### 3.1. Schlagwörter

Politische Lexikologie oder politische Semantik (vgl. Klein 1989) war und ist im wesentlichen Schlagwortforschung und -kritik. Wenn man dem Grimmschen Wörterbuch (9, 427), dem „Trübner“ (6, 96) und der 9. Auflage des „Paul“ (1992,

736) Glauben schenken darf, dann ist der Begriff *Schlagwort* zuerst im 18. Jh. aufgetreten und wurde zunächst noch in der Bedeutung ‘Einsatzwort des Schauspielers, Stichwort, Losungswort’ gebraucht, bevor er — wohl unter dem Einfluß der revolutionären Ereignisse und infolge zunehmender Öffentlichkeit im Bereich des Politischen — seit Mitte des 19. Jh. immer deutlicher in die politische Sphäre rückte und sich semantisch verengte. Wird der Begriff 1899 im „Grimm“ noch relativ weit als ‘schlagende, d. h. kurze und treffende bezeichnung’ paraphrasiert, so erscheint er 1992 im „Paul“ als ‘Wort, mit dem man schlägt, das man im Wortgefecht anwendet’. Laut „Trübner“ tritt dieser schon verengten Bedeutung im 19. Jh. noch die semantische Komponente hinzu, „daß es in vieler Munde lebt, wobei das Verbreitungsgebiet größer oder kleiner sein kann“. Erst als dergestalt öffentlich-politisches wurde das Schlagwort, mit Richard M. Meyers von Ladendorff (1906) insofern mit Recht als „bahnbrechend“ bezeichneter Studie *Vierhundert Schlagwörter*, exakt im Jahre 1900 offiziell zum Gegenstand der Linguistik. Doch erst Otto Ladendorff selbst konnte der Schlagwortforschung durch sein *Historisches Schlagwörterbuch* zum Durchbruch verhelfen. Schlagwörter, das sind für ihn

„Ausdrücke und Wendungen [...], denen sowohl eine prägnante Form wie auch ein gesteigerter Gefühlswert eigentümlich ist, insofern sie nämlich entweder einen bestimmten Standpunkt für oder wider ein Streben, eine Einrichtung, ein Geschehnis nachdrücklich betonen oder doch wenigstens gewisse Untertöne des Scherzes, der Satire, des Hohnes und dergleichen deutlich mit erklingen lassen“ (1968, XIX).

„Prägnante Form“ soll hier wohl andeuten, daß beim Schlagwort eine Diskrepanz besteht zwischen „zugespitztem oder geschliffenem“, d. h. verknapptem Ausdruck und komplexer Bedeutung, der neben einer abstrakten Denotation zugleich eine konnotativ-wertende Komponente innewohnt. Zudem ist das Schlagwort „schon seiner Entstehung nach [...] ein Allerweltsding“ (ebd., XX) und damit dem Bereich der öffentlichen Kommunikation zuzuordnen:

„Bald erblüht es, ohne daß es gelingt, seinen Urheber festzustellen, bald läßt sich dieser und die Zeit des Aufkommens genau nachweisen, zumal wenn es sich um charakteristische Prägungen berühmter Männer handelt. Bald wiederum ist das Schlagwort eine Augenblicksschöpfung, eine rednerische Entgleisung, ein Witzwort, ein Spitzname, eine kräftige Verwünschung, eine blendende Phrase, bald eine wohlausgesonnene Losung, ein zündendes Programmwort, eine Parteibezeichnung, ein origineller Titel, eine Herausforderung oder Versprechung. [...] Politik, Literatur und Kunst geben weitaus das meiste an die Hand. [...] Namentlich wenn die Wogen des öffentlichen Lebens beson-

ders hochgehen, werden eine Menge Schlagworte ans Land geworfen. Viele glitzernde Kiesel, aber auch mancher gehaltvoller Ausdruck“ (ebd.).

Zwar versucht Ladendorf, die von ihm untersuchten Begriffe von Büchmanns „Geflügelten Worten“ und den „epidemisch“ auftretenden „Modewörtern“ zu unterscheiden, doch zeigt schon die zitierte Aufzählung, daß seiner Definition die nötige Trennschärfe noch fehlt. Kein Wunder also, daß Ladendorf zur Schlagwortforschung selbstkritisch anmerkt, daß dieser „junge Zweig am Baume der deutschen Wortforschung“ noch der „Vervollkommnung“ bedürfe (vgl. ebd., XXVII).

Noch ein Dreivierteljahrhundert später schließt Walther Dieckmann erkennbar an Ladendorfs Bestimmungen an: „In den Schlagwörtern“, so schreibt er, „werden die Programme kondensiert; sie erheben Relatives zu Absolutem, reduzieren das Komplizierte auf das Typische, Überschaubare, Einfach-Gegensätzliche und bilden dadurch bipolare Wortschatzstrukturen aus; sie bringen das Abstrakt-Ferne sprachlich nahe und geben der Meinungssprache ihre emotionellen Obertöne“ (Dieckmann 1975, 103). Damit ist der bei Ladendorf noch recht vage Schlagwortbegriff auf seinen Wesenskern reduziert. Im selben Sinne versteht daher auch Kaempfert (1990, 1200) unter *Schlagwort* nur solche Ausdrücke, „in denen sich ein Programm konzentriert oder die eine Zielvorstellung benennen“, fügt aber als pragmatisches Kriterium hinzu, daß der betreffende Ausdruck „in einer gegebenen Gesellschaft oder Gruppe (im Grenzfall auch für ein Individuum allein) besondere Aktualität und Bedeutung“ erlangt haben müsse. Um zudem die Schlagwörter von längeren Syntagmen unterscheiden zu können, wird die Kategorie zusätzlich morphologisch auf Lexeme und Mehrwortlexeme begrenzt. „Während geflügelte Worte meist aus vollständigen Wendungen oder abgerundeten Sprüchen bestehen, sind Schlagwörter meist nur ein Wort oder ein durch Haupt- und Eigenschaftswort bezeichneter Begriff.“ (Trübner, 6, 96) Und während geflügelte Worte stets Zitate mehr oder weniger bekannter Herkunft sind und zumeist nur Bildung indizieren und kulturellen Konsens beschwören, sind Schlagwörter vor allem durch die persuasive, ja propagandistische Absicht gekennzeichnet, die ihrem Gebrauch zugrunde liegt (vgl. Hermanns 1994, 12; Wülfing 1982, 37). Soweit sie Wertungen enthalten, ist den Schlagwörtern „immer eine von genau zwei möglichen Appellfunktionen“ (Hermanns 1994, 13) eigen: Sie fordern zu Zustimmung oder Ablehnung bzw. entsprechenden Handlungen auf; Hermanns (1989) hat dies den „deontischen“ Aspekt ihrer Bedeutung genannt. Schlagwörter sind öffentlich-exponierte Ab-

strakta in appellativ-emphatischer Verwendung.

Trotz dieser näheren Bestimmungen bleibt *Schlagwort* eine in sich heterogene Kategorie, die der Subklassifikation dringend bedarf. Indem sich in ihnen ideologische Differenzen ausdrücken, sind Schlagwörter parteiisch und bilden gewöhnlich „bipolare Wortschatzstrukturen“ (Dieckmann 1975, 103) aus. „In schlagwortmäßiger Betrachtung ist daher die Welt geteilt in zwei disjunkte Mengen und besteht aus ‘guten’ und aus ‘bösen’ Gegenständen, Sachverhalten und Personen.“ (Hermanns 1994, 13) Um diese lexikalische Bipolarität zu bezeichnen, stellt die Forschung die Termini „Fahnenwort“ vs. „Stigmawort“ bereit. Den Begriff *politisches Fahnenwort* hat — wengleich noch nicht terminologisch — schon Ladendorf (1906, 2; s. v. *Agrarier*) verwendet. „Fahnenwörter“, definiert Hermanns (1994, 16), „sind positive (affirmative) Schlagwörter, die zugleich auch als Erkennungszeichen von Parteien fungieren und fungieren sollen.“ Damit ist einerseits die Vorsätzlichkeit des Gebrauchs als gruppenintegrative Schibboleths hervorgehoben, andererseits die unzulässige Eingrenzung auf politische Parteien vermieden (denn auch die Angehörigen religiöser, philosophischer und literarischer Richtungen, Bewegungen und Institutionen können Fahnenwörter haben). Dem Begriff des Fahnenworts hat Hermanns (1982, 92) den des „Stigmawortes“ gegenübergestellt, das zwar ebenfalls „einen Parteistandpunkt in plakativer Weise kenntlich“ macht, jedoch dazu dient, die gegnerische Partei, ihre Mitglieder, Ziele und Wertvorstellungen zu desavouieren. In der Reformationszeit war das wichtigste Fahnenwort von Radikalen wie Thomas Müntzer *gemeiner* bzw. *armer man* „als Parteibezeichnung für die von der weltlichen und geistlichen *Obrigkeit* Unterdrückten“, die „zum Träger einer neuen christlichen Gesellschaftsordnung bestimmt“ sind (Dieckmannshenke 1994, 171 und 174). Zentrales Stigmawort war dagegen *Obrigkeit* (auch *oberkait*, *obirkeit*, *oberkeyt*, *uberkeyt*), das seinerseits als eines der wichtigsten Fahnenwörter Luthers gelten kann und in der „Zwei-Reiche-Lehre“ des Reformators

„die Nahtstelle [kennzeichnet] zwischen Gott und den Gläubigen, auf die weltlichen Verhältnisse übertragen den *Untertanen* sowohl des geistlichen wie des weltlichen Reiches. Die von Gott eingesetzte *Obrigkeit* stellt die ausführende Instanz des göttlichen Willens dar, ist also für den Menschen vermittelnde Autorität zu Gott. Aus diesem Verständnis heraus wird deutlich, warum das reformatorische Schlagwort *Obrigkeit* das katholische *Ordnung*, welche göttliche *Ordnung* stets nur als einigende Vorstellung in ihrer Totalität denkt, ablösen konnte“ (ebd., 100).

Während der Ausdruck bei Luther positiv gewertet ist, sich aber zugleich gegen den *ordo*-Gedanken der katholischen Kirche richtet, bezieht er sich bei den Radikalen ebenso kritisch auf weltliche wie auf geistliche Herrschaftsansprüche gegenüber dem *gemeinen Mann*, der sich wiederum in der Weltsicht Luthers „entweder als gehorsamer *Christenmensch* oder als aufrühriger *Pöbel*“ (ebd., 169) präsentiert. Wie die Beispiele zeigen, können Fahnen- und Stigmawörter (wie *gemeiner Mann* und *Pöbel*, *Obrigkeit* und *Ordnung*) als parteispezifische Gegenbegriffe aufeinander bezogen sein, infolge unterschiedlicher ideologischer Ausdeutung kann aber auch ein und dasselbe Wort sowohl als Fahnen- wie auch als Stigmawort dienen (*Obrigkeit* bei Luther und bei den Radikalen) und insofern „ideologisch-polysem“ sein (Dieckmann 1969, 70 ff.; vgl. auch Bachem 1979, 54 ff.). In ähnlicher Weise war *Volkssouveränität* 1848 in der Paulskirche zentrales Fahnenwort der Linken, die darunter — im Gegensatz zur stigmatisierten *Fürstensouveränität* — die *Selbstherrschaft des Volkes* verstand, wie sie Ausdruck des *Volkswillens*, des *Willens des gesamten Volkes*, der *gesamten Menge*, der *Volksmeinung*, der *Volksstimme* ist und auf der *Allmacht des Volkes* beruht (vgl. Grünert 1974, 215 f.). Da hingegen für die monarchistische Rechte die Fürsten ohnehin in *Übereinstimmung mit dem Willen des Volkes* regieren, ist für sie *Volkssouveränität* ausschließlich als Stigmawort in Verwendung und wird folglich „negativiert als *ausschließliche, absolute Souveränität*, als *ausschließliche Volkssouveränität*, als *absolute Volkssouveränität*, als *grenzenlose, absolute, unbedingte, ausschließliche Volkssouveränität*, als eine *Souveränität*, die *falsch* aufgefaßt ist, die *einenfalschen Begriff* von *Volkssouveränität* darstellt. Es ist die Rede von der *omnipotenten Volkssouveränitätstheorie*, dem *omnipotenten Volkssouveränitätsaxiom*“ (ebd., 198). Noch deutlicher als in früheren Zeiten läßt die politische Diskussion in der modernen Mediengesellschaft das Wechselspiel von Fahnen- und Stigmawort hervortreten: Was den einen als *Beitritt* (nach Art. 23 GG) erschien, wurde von den anderen als (letztlich grundgesetzwidriger) *Anschluß* denunziert (vgl. Stötzel/Wengeler 1995, 331 ff.); was von der einen Seite als *Selbstbestimmungsrecht der Frau* eingefordert wurde, wies die andere als *Tötung ungeborenen Lebens* zurück (vgl. ebd., 563 ff.), und was der eine Teil des politischen Spektrums positiv als *Sicherung des Standorts Deutschland* bezeichnet, wird von dem anderen als *Sozialabbau* kritisiert (vgl. Burkhardt 1996, 91 ff.).

Auch wenn die Fahnen- und Stigmawörter zu

allen Zeiten den lexikalischen Kernbestand politischer Auseinandersetzungen ausgemacht haben, ist doch mit ihrer Unterscheidung die tatsächliche Bandbreite des Schlagworts noch keineswegs erschöpft. Nicht jedes positive Schlagwort ist ein Fahnenwort: Es gibt allseits anerkannte „Hochwertwörter“, wie *Frieden*, *Freiheit*, *Umweltschutz* oder *soziale Marktwirtschaft*, die (zumindest im bundesrepublikanischen Diskurs) als „perennierende“ Schlagwörter (Kaempfert 1990 b, 201) gelten können und daher heute kaum noch parteigebunden sind, aber gleichwohl Schlagwortstatus beanspruchen können. Darüber hinaus gibt es ebenfalls überparteilich verwendete positive bzw. neutrale Schlagwörter wie etwa *Reizüberflutung*, *Postmoderne*, *Selbstverwirklichung* oder *Politikverdrossenheit*, die an die Diskussion eines bestimmten Zeitabschnitts gebunden sind und daher vielleicht am besten als „Zeitgeistwörter“ bezeichnet werden könnten. Und weitere Unterscheidungen böten sich an: Begriffe wie *Entspannung*, *Beschäftigungsoffensive*, *Gesundheitsreform*, *Aufbau Ost*, *Solidarpakt*, die kurz- bis mittelfristige Handlungskonzepte bezeichnen, ließen sich (wiederum mit Ladendorf) als „Programmörter“ fassen, die der Verständigungsökonomie dienen. Metonymische und insofern ebenfalls sprachökonomisch bedingte Verkürzungen sind schließlich auch die „Stich-“ oder „Themawörter“ *Standort Deutschland*; *Fristen-* vs. *Indikationenregelung*, *Amigo-Affäre* oder *Globalisierung*, durch die, im Vertrauen auf die (zumindest basale) Informiertheit des Rezipienten, jeweils nur einige wenige, besonders wichtige Aspekte des Bezeichneten lexikalisch (bzw. semantisch) hervorgehoben werden, sowie Eigennamen-Schlagwörter wie *Hallstein-Doktrin*, *Vertrag von Maastricht*, *Helsinki-Konferenz* oder *Auschwitz*, *Hiroshima*, *Mogadischu*, *Bad Kleinen* usw., deren Entstehung sich dem („perennierenden“ oder auch nur temporären) Symbolcharakter der jeweiligen Namens-träger verdankt.

Zudem ist die terminologische Unterscheidung auch von der Seite der Stigmawörter her nicht so stringent und symmetrisch, wie sie zunächst scheint, denn, wie Hermanns selber einräumt (1994, 19 f.), wird *Stigmawort* inzwischen häufig „als metasprachliche Bezeichnung für jedes Wort bzw. Schlagwort [verstanden], das Personen, Gegenstände, Sachverhalte, irgendwie ‘stigmatisiert’“. Weil dem Stigmawort also, nach dem vorherrschenden Verständnis, das Merkmal der Parteilichkeit zuweilen fehlt, kann es auch nicht auf derselben Ebene der Begriffshierarchie angesiedelt sein wie das Fahnenwort. Hinzu kommt, daß es sich bei einem weiteren Teil der Stigmawörter lediglich um perspektivisch bedingte Negativierungen von Fahnenwörtern des

politischen Gegners handelt (*Revolution* im Sprachgebrauch der rechten und linken Seite der Paulskirche). Um die Symmetrie wiederherzustellen, könnte man die Klasse der Stigmawörter auf solche „ideologisch polysemen“ Einheiten begrenzen. Parteiübergreifend negativierende Wörter ließen sich dann als „Unwertwörter“ (*Wähler* für 'staatsgefährdende Umtriebe' im Zeitabschnitt um die 48er Revolution; vgl. Dieckmann 1964, 133), auf die Perspektive einer Partei beschränkte Abwertungen dagegen als „Scheltwörter“ (*Papisten* als Schlagwort Luthers gegen den katholischen Klerus und dessen Parteigänger) fassen. Fahnenwörtern in der politischen Auseinandersetzung entgegengesetzte Wörter könnten schließlich „Gegenschlag-Wörter“ (*Auf-rührer* vs. *Auserwählte* in der Zeit der Bauernkriege; *Koalition der Mitte* vs. *Rechtskoalition* in der „Wende“ von 1982) genannt werden.

Ausgehend von den vorstehenden Überlegungen wird — abweichend von Hermanns (1994, 20) — folgende Schlagwort-Klassifikation angeboten:

Einen Teil der Fahnen- und Stigmawörter werden Ideologie- oder Systembezeichnungen wie *Sozialismus*, *Kapitalismus*, *Demokratie*, *Diktatur*, *Nationalismus*, *Rassismus* oder *Föderalismus* ausmachen, die in ihren Herkunftswissenschaften Philosophie, Politologie, Staatsrecht usw. — nicht aber in der Politik — einen neutralen, deskriptiven Gebrauch haben. Fahnenwörter können im historischen Prozeß über Zeitgeistwörter zu Hochwertwörtern werden. *Umweltschutz*, das ursprünglich Fahnenwort der GRÜNEN war, ist davon ebenso ein Beispiel wie *Solidarität* als Fahnenwort der Arbeiterbewegung, Zeitgeistwort der späten 60er und frühen 70er Jahre und Hochwertwort der Gegenwart (vgl.

*Solidaritätszuschlag*). Umgekehrt können zunächst parteispezifische Schelt- oder Gegenschlag-Wörter zu allgemeinen Unwertwörtern mutieren (*etabliert*, *Fundamentalist*). Sie können aber auch gruppenintegrativ gebraucht und insofern positiv gewendet werden (*Chaot*, *Sympathisant*). Durch emphatische Verwendung können selbst normalsprachliche Begriffe wie *Mensch* oder *Zukunft* zu Zeitgeist-, Programm- oder Hochwertwörtern aufsteigen. In vergleichbarer Weise konnten die Programmwörter der Philosophen des 18. Jhs.: *Freiheit*, *Gleichheit*, *Menschenwürde*, *Menschenrechte* (vgl. Stammeler 1954, 51 ff.) zu Zeitgeistwörtern der Aufklärung werden, die in der Folgezeit schrittweise als allgemeine Hochwertwörter akzeptiert wurden und schließlich Eingang in die Grundrechte-Artikel des Grundgesetzes fanden.

Viele der angeführten Beispiele lassen erkennen, daß die Schlagwörter zu einem Großteil metaphorischer Herkunft sind. Weil Schlagwörter aller Art die Kernwörter politischer Äußerungen bilden, können sie bei der Textinterpretation als „Schlüsselwörter“ betrachtet werden, aus deren Zusammenstellung und semantischer Analyse sich die Textaussage weitgehend „erschließt“. Schlagwörter sind die vielleicht mächtigsten Instrumente der Politik. Durch überhäufigen Gebrauch, besonders wenn dieser mit der Ausbildung „ideologischer Polysemie“ verbunden ist, wird ihr „Geisteskern“ jedoch permanent der Gefahr ausgesetzt „zu verfliegen“; nur „die entseelte Hülle“ bleibt dann zurück (Stammeler 1954, 100).

### 3.2. Besetzen von Begriffen

Zwar hatte bereits der Philosoph Hermann Lübbe in zwei Aufsätzen von 1967 und 1975 den

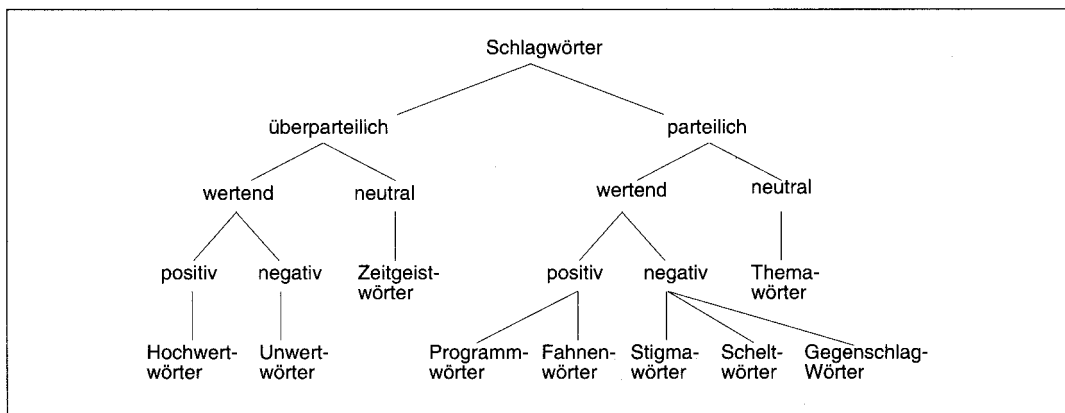


Abb. 7.1: Klassifikation der Schlagwörter

politischen „Streit um Worte“ (1972) als „Kampf ums Heißen“ (1979, 73) charakterisiert, und schon Horst Grünert (1974, 200, 205 u. ö.) hatte bei der Beschreibung des Sprachgebrauchs der Paulskirche mehrfach vom „Okkupieren“ von Zeichen gesprochen, doch eigentliche Breitenwirkung hat dieser Gedanke erst entfaltet, als er in der politischen Szene selbst einen exponierten Fürsprecher fand.

Auf dem 22. Bundesparteitag der CDU, der im November 1973 in Hamburg stattfand, stellte der damalige Generalsekretär Kurt Biedenkopf für die Wahlniederlage der bis dato erfolgsgewohnten CDU eine neuartige Erklärung bereit, die zugleich einen Vorwurf an den politischen Gegner enthielt: Dieser habe durch „Besetzung der Begriffe“ eine „Revolution neuer Art“ bewirkt, eine „Revolution der Gesellschaft durch die Sprache“; Revolutionen fänden heute nämlich nicht mehr durch „gewaltsame Besetzung der Zitadellen staatlicher Macht“ (Biedenkopf 1982, 191), sondern vielmehr durch die schleichende Besetzung der Begriffe statt, mit deren Hilfe die Regierungen regieren (vgl. dazu Hermanns 1994, 21 ff. sowie Klein 1991, 45 ff.). Von seiner Partei verlangte Biedenkopf, sich diese neue lexikalisch-semantiche Strategie zu eigen zu machen, und führte zugleich vor, wie eine solche Begriffsbesetzung zu bewerkstelligen sei. Am Beispiel des Begriffs *Solidarität*, der seit mehr als einem Jahrhundert ein Fahnenwort der Gewerkschaften, der Kommunisten und der SPD gewesen und also von der Arbeiterbewegung besetzt worden war, machte er deutlich, daß man in der öffentlichen Diskussion Wörter zurückgewinnen kann, indem man sie mit neuen Inhalten versieht und mit diesen in passenden Kontexten unablässig wiederholt.

Bis Mitte der 80er Jahre war das Biedenkopfsche Modell Gegenstand heftigen publizistischen Streits. „Worte machen keine Politik“ (so der Titel eines von Fetscher/Richter 1976 herausgegebenen Buches) war die Gegenthese der aufgeschreckten Linken, die die Idee des semantischen Kampfes zwischen den Parteien als „aggressiven Nominalismus“, als „Manipulation“ und damit als politische Unmoral verdammt (vgl. dazu Hermanns 1994, 25). Doch ist gerade die begriffliche Umkämpftheit des Besetzungsmodells der beste Beweis für die Richtigkeit der Biedenkopfschen These.

Pluralistischer Kampf um Begriffe ist nicht dasselbe wie totalitäre und damit einseitige Propaganda. Denn weil „Politik [...] nicht zuletzt die Kunst [ist], im Medium der Öffentlichkeit Zustimmungsbereitschaften zu erzeugen“ (Lübbe 1972, 162), kann es angesichts der gerin-

gen Bestimmtheit und des schwankenden Gebrauchs“ politischer Begriffe in der öffentlichen Diskussion nur „zwingender politischer Logik [gehörten], daß man sich [...] wechselseitig die Legitimität des Anspruchs auf den Gebrauch zentraler politischer Vokabeln streitig macht“ (ebd.). Die Benutzung von Schlagwörtern ist semantischer Kampf um die Meinungsführerschaft und damit Teil des ganz gewöhnlichen Ringens um politische Macht im Rahmen des „informativ-persuasiven Sprachspiels“. Ein solcher Kampf um die Begriffe findet in allen Gesellschaftsformationen statt. Während er jedoch in totalitären Systemen öffentlich nur einseitig ausgetragen werden kann, gelangt er dort, wo die Machtverteilung labiler ist, wie in der Demokratie, zu absoluter Dominanz.

Indem sich die Linguistik den Biedenkopfschen Gedanken zu eigen machte, war ihr ein Modell an die Hand gegeben, mit dessen Hilfe sich das statische Konzept der traditionellen Schlagwortforschung überwinden und durch ein dynamisches ersetzen ließ, das Politik als öffentlichen Streit um die Bedeutungen der Wörter begriff und zugleich die Möglichkeit bot, bisherige lexikalisch-semantiche Überlegungen in den pragmatischen Ansatz zu integrieren. Das semantiche Lexikon-Modell wurde durch ein pragmatisches „Diskurs“-Modell ersetzt.

Hatte Biedenkopf selbst zunächst nur die Umdeutung bereits in Gebrauch befindlicher Begriffe im Blick, so hat Josef Klein (1989) gezeigt, daß sich die sprachliche Konkurrenz der Diskursparteien auch auf die Ausdrucksseite erstreckt, und zur besseren Differenzierung beider Phänomene eine „Bedeutungs-“ von einer „Bezeichnungskonkurrenz“ terminologisch abgehoben. Während nämlich vor allem bei Fahnen- und Stigmawörtern jeweils die Bedeutung ein und desselben Wortes zwischen den Parteien umstritten ist, steht im Falle der Schelt- und Gegenschlag-Wörter die Anwendbarkeit konkurrierender Bezeichnungen auf weitgehend identische Referenten im Zentrum des politischen Streits. Wenn also unterschiedliche Parteien etwa verschiedene Begriffe von *Volkssouveränität* oder *Sozialismus* haben und die jeweils eigene Deutung öffentlich durchzusetzen trachten, liegt „Bedeutungskonkurrenz“ vor; die Folge der Ausbildung solcher gruppenspezifischen Bedeutungen derselben Wortgestalt ist in der Regel „ideologische Polysemie“. Wenn dagegen verschiedene politische Gruppen mit interessenspezifisch oder ideologisch partiell divergierenden Deutungen für dieselbe Sache unterschiedliche Schlagwörter gebrauchen oder gar kreieren, also etwa *Rechtsstaat* und *Polizeistaat*, *Gleich-*

stellung und Gleichberechtigung oder (Wirtschafts-)Standort Deutschland und Lebensstandort Deutschland öffentlich gegeneinandersetzen, liegt „Bezeichnungskonkurrenz“ vor. Weil sich also der eine Typus des „Streits um Worte“ (Lübbe) auf die Angemessenheit der Bedeutungen, der andere aber auf die Angemessenheit der Bezeichnungen bezieht, denen Bedeutungen zugeordnet werden, könnte man auch zwischen „semasiologischer“ und „onomasiologischer“ Begriffskonkurrenz unterscheiden (vgl. auch Hermanns 1994, 36).

Bei Referenz auf dieselbe Sache sind konkurrierende Bezeichnungen in semantischer Hinsicht stets von meliorativen oder pejorativen Nuancierungen betroffen. Auch die „Bedeutungskonkurrenz“ läßt sich, nach Klein (1989, 17), in einen „deskriptiven“ (denotativ-neutralen) und einen „deontischen“ (wertend-verpflichtenden) Subtyp unterscheiden: Während z. B. Hochwertwörter wie *Gerechtigkeit* „im allgemeinen Sprachgebrauch so stabil und durchgängig mit positiver deontischer Bedeutung verwendet [werden], daß politische Gruppierungen daran nicht rütteln“ (Klein 1989, 21 f.), und daher nur, je nach Ideologievorstellung, in rein sachlicher Hinsicht unterschiedlich verstanden werden, haben Fahnen- bzw. Stigmawörter wie *konservativ* oder *Großer Lauschangriff* bei allen Parteien zwar dieselbe denotative Bedeutung, doch werden ihnen aus den verschiedenen politischen Richtungen zugleich diametral entgegengesetzte Bewertungen und Handlungsappelle zugewiesen.

### 3.3. Diskursanalyse

Der Kampf um Begriffe ist das Prinzip politischer Diskurse im Sinne Foucaults (1974, 7 ff.; vgl. dazu Busse/Teubert 1994, 14 ff.), die ihrerseits als Erscheinungsformen von Macht und Streben nach Machterwerb zu interpretieren sind: „Mit Diskursen werden [...] die Kämpfe der Beherrschung in Sprache übersetzt, und ebenso wird das Begehren sprachlich offenbart.“ (Grünert 1984, 31) Sie sind themazentrierte Ausprägungen dessen, was Grünert selbst als „Sprachspiel“ bezeichnet hat. Diskurse sind über einen bestimmbareren, zumeist längeren Zeitraum in der Öffentlichkeit verbal ausgetragene Auseinandersetzungen, die sowohl durch Gemeinsamkeit epochalen Wissens und Denkens als auch durch ideologische Deutungsdifferenzen geprägt sind. Unterschiedliche Vokabeln und Begriffsdeutungen prallen im diskursiven Meinungsstreit aufeinander und werden von den Kontrahenten zu konkurrierenden, aber auch interferierenden Begriffs- und Aussagenetzen aus-

gebaut, „die sich in einem Text, aber auch in mehreren Texten zugleich entfalten können“ (ebd., 23) und „die involvierten Kommunikationsteilnehmer in hohem Maße thematisch wie instrumental hinsichtlich des Gebrauchs sprachlicher Ausdrucksmöglichkeiten“ binden (Hopfer 1994, 125). Im historisch-gesellschaftlichen Gesamtrahmen und Bedingungsgefüge von Diskursen, die durch die Abfolge wechselseitig aufeinander bezogener Handlungszüge, Sinngebungen, Sinnvoraussetzungen und Begriffsbestimmungen und insofern durch das Vorherrschen intertextueller Bezüge gekennzeichnet sind, vollzieht sich Bedeutungs- und Bezeichnungskonstitution, aber auch semantisch-begrifflicher Wandel. Die Diskursanalyse versteht sich daher als ein empirisch-pragmatisch orientiertes Verfahren zur Beschreibung der lexikalisch-semantischen Polyphonie von Kontroversen im historischen Kontext und ist insofern als eine Erweiterung des begriffsgeschichtlichen Ansatzes zu betrachten. Dabei werden einzelne Begriffe oder „Leitvokabeln“ — wie *Gleichberechtigung*, *Soziale Marktwirtschaft* oder *friedliche Nutzung der Kernenergie* — „als diskursstrukturierende und Diskursströmungen benennende Elemente aufgefaßt [...], die einen Teil der diskursiven Beziehungen widerspiegeln“ (Busse/Teubert 1994, 22). Neben der semantisch-pragmatischen Analyse je diskurstypischer, in der Regel antagonistischer (Schlag-)Wörter, Annahmen und Aussagen, stellt die korpusgestützte linguistische Interpretation authentischer „Sprachthematierungen“, d. h. definierender bzw. kritisierender metasprachlicher Äußerungen der Diskursteilnehmer, wie sie z. B. in politischen Reden bzw. Kommentaren erscheinen oder in den Medien wiedergegeben werden (vgl. dazu auch Stötzel/Wengeler 1995, 2 ff.), die wesentliche Untersuchungsmethode dar. Indem das Ausgehen von authentischen metasprachlichen Äußerungen der Diskursteilnehmer den Einfluß der Beobachterperspektive bei der Dateninterpretation verringern hilft, verspricht das neue Verfahren ein objektiveres Ergebnis. Als älteres Beispiel für eine Sprachthematierung kann Laubes Kommentar zu einem wichtigen Schlagwort der Paulskirche dienen:

„Das Wort ‘ultramontan’ ist ein schlimmes Wort geworden, sogar das Wort ‘fromm’ verdächtigt heutzutage. Ultramontan ist doch noch etwas anderes, es deutet ‘über die Berge’ des Vaterlandes nach einem kirchlichen Staatswesen, welches die eigentümliche Entwicklung der Völkerschaften nicht nur leiten, sondern fesseln will. Geheime Zwecke, geheimes Ordenswesen, das ganze tausendmaschige Flechtwerk einer Herrschaft, die niemand übersehen kann, ist damit verbunden. Das Pfaffentum, das Jesuitentum wird als un-



zertrennlich davon betrachtet, wie kann es verwundern, daß dagegen eine Zeit eingenommen ist, welche ein nationales Vaterland und eine jedermann ersichtliche Freiheit haben will. Der Ultramontan hat grundsätzlich kein Vaterland. Wenigstens geht ihm das Reich seiner Kirche darüber“ (Laube 1909, I, 211 f.).

Weil *ultramontan* ein (fast) allgemeines Unwort des 19. Jhs. ist und Sprachthematizierungen generell von der Lexikographie gern als „sprechende Belege“ verwendet werden, ist das Laube-Zitat auch in Ladendorfs *Schlagwörterbuch* (1906, 320) verzeichnet. Ein jüngerer Beispiel für eine Sprachthematizierung in der Presse stellt der folgende Kommentar zu *Doppelverdiener* dar, das als typisches Schlagwort der frühen 50er Jahre gelten kann:

„Doppelverdiener heißt in aller Welt der Mann, der mehrere Tätigkeiten hat und aus mehr als einer Stellung Gehalt, Lohn oder sonstige Bezüge erhält. Nur in Deutschland nennt man Doppelverdiener ein Ehepaar, dessen beide Partner arbeiten und Gehalt oder Lohn beziehen.“ (ALLGEMEINE ZEITUNG vom 22. 4. 1950; zit. nach Stötzel/Wengeler 1995, 452).

In der Politikersprache selbst sind derartige Thematizierungen perspektivisch: Sie markieren Diskurspositionen und grenzen sie gegen gegnerische Begriffe und an diese geknüpfte Denkweisen ab. Umgekehrt kann daher die Analyse solcher Thematizierungen zur Rekonstruktion ideologischer Positionen und Begriffssysteme sowie zur Beschreibung von Diskursverläufen und politisch-semanticen Wandlungsprozessen beitragen.

Ein Abriß der Geschichte der politischen Sprache der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der semantisch umkämpften „Schlagwortfelder“ ist zwar schon bei Bergsdorf (1983) und J. Klein (1989, 29 ff.) nachzulesen. Eine umfassende Diskursgeschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik seit 1945 auf der Grundlage der politisch kontroversen Schlag- und Gegenschlagwörter bzw. auf sie bezogener sprachreflexiver Thematizierungen in der Presse und anderen publizistischen Texten haben jedoch erst jüngst Stötzel/Wengeler (1995) vorgelegt. Detailliertere Spezialstudien zu den politischen „Leitvokabeln“ der Gründungsphase der Bundesrepublik (1945—1961) finden sich bei Böke/Liedtke/Wengeler (1996). Mit Hilfe des diskursanalytischen Ansatzes sind inzwischen auch die verschiedenen Phasen der bundesrepublikanischen Wiederbewaffnungs- bzw. (Nach-)Rüstungsdiskussion seit 1945 (Wengeler 1992) sowie die jahrzehntelangen Auseinandersetzungen um die Atomenergie (Jung 1995) eingehend untersucht worden, wobei auch die sprachkritischen Anteile der jeweiligen Diskurse einer kritischen Revision un-

terzogen wurden (für weitere Einzelstudien vgl. Busse/Hermanns/Teubert [1994]). Daß sich das der politischen Gegenwart abgewonnene Modell des Begriffebesetzens und die diskursanalytische Methode auch bei der Beschreibung der Auseinandersetzungen früherer Epochen bewähren, zeigt eindrucksvoll Diekmannshenkes Studie über die „Schlagwörter der Radikalen der Reformationszeit“ (1994).

In demokratischen Systemen wird versucht, durch öffentlichen Diskurs Begriffe durchzusetzen und so für die jeweils eigenen politischen Konzepte Mehrheiten zu schaffen. In totalitären Systemen werden Wörter dagegen „beschlagnahmt“ (vgl. Bachem 1979, 25), alternative Begrifflichkeiten durch Androhung und Anwendung physischer Gewalt ausgeschlossen. Zwar lassen sich infolgedessen das Modell des Begriffebesetzens und das diskursanalytische Verfahren nur in eingeschränktem Maße auf totalitäre Staaten anwenden, doch müssen sich selbst derartige Regimes bei ihrer Bevölkerung um Akzeptanz für ihre Politik bemühen. Einseitige Mittel dazu sind Sprachlenkung und Propaganda, die sich ebenso politischer Schlagwörter bedienen muß wie der pluralistische Diskurs. Ein oppositioneller Gegendiskurs kann hier fast nur als subversive Privatkommunikation gedeihen, wie sowohl „Drittes Reich“ als auch DDR zeigen. In der Gunst der politischen Stunde kann er aber, wie an den Ereignissen des Herbstes 1989 abzulesen ist, auch zur revolutionären Bewegung anschwellen, die die alten Diskurse erschüttert und schließlich die überkommenen Herrschaftsstrukturen zum Einsturz bringt.

#### 4. Politische Rhetorik

Rhetorische Mittel sind sprachliche Gestaltungsmuster, die traditionell verwendet werden, um durch ihre ästhetische Wirkung zu beeindrucken oder zu überzeugen. Sie erscheinen vor allem in der Literatur sowie in der forensischen und der politischen Rede. Schon in der Antike waren sie den Dichtern und politischen Rednern geläufig und wurden von Rhetorikern wie Quintilian und Cicero ausführlich kommentiert. Bis in die Gegenwart sind sie Gegenstand rhetorischer Theorie und Mittel rhetorischer Praxis geblieben. Die rhetorischen Mittel werden üblicherweise in Tropen und Figuren unterschieden. Nur diejenigen, die für die politische Sprache besonders wichtig sind, können im folgenden beschrieben werden.

##### 4.1. Politische Metaphorik

Was über den kognitiven und strategischen Sinn der Schlagwörter gesagt wurde, gilt mutatis mu-

tandis auch für die Metaphern. Auch sie strukturieren Darstellung und Wahrnehmung von Ereignissen, dienen der Legitimation der eigenen Handlungen und Konzepte vor der Öffentlichkeit einerseits und der Selbstinterpretation andererseits. Zu den charakteristischen Merkmalen politischen Sprachgebrauchs gehört sowohl der wiederholte Gebrauch politiktypischer Metaphern als auch die punktuelle Suche nach der plastischen Metapher.

Metaphern sind implizite oder explizite Identitätsaussagen, in denen ein Referenzobjekt in vom allgemeinen Sprachgebrauch abweichender, ja sogar in zumeist überraschender Weise unter ein Prädikat subsumiert wird, zu dem es den konventionellen Sprachregeln gemäß eigentlich nicht gehört, um durch die abweichende Prädikation einige Eigenschaften des angesprochenen Gegenstandes besonders hervorzuheben. Der Hörer/Leser muß den durch die Regelverletzung vordergründig zerbrochenen Sinn neu stiften, und zwar über den Vergleich der beiden im metaphorischen Ausdruck genannten Gegenstände oder genauer: zwischen dem, was wir bei Nennung der betreffenden Wörter assoziieren. Weil Metaphern Identitätsaussagen sind, lassen sie sich — wie Lakoff/Johnson (1980) das getan haben — am besten mit Sätzen der Form X IST/FÄLLT UNTER Y beschreiben. Die Leistung der Metapher ganz allgemein beruht auf Ähnlichkeit und/oder Analogie zwischen den Denotaten der beiden Metaphernteile und besteht im Erhellenden fokussierter und im Ausblenden nicht-intendierter Eigenschaften bzw. Merkmale auf beiden Seiten. Oder wie es Edelman (1990, 148 f.) mit Blick auf die politische Sprache gesagt hat: Die Metapher

„intensiviert selektive Wahrnehmungen und ignoriert andere. Das ermöglicht es einem, sich auf die erwünschten Folgen der jeweils favorisierten Politik zu konzentrieren und deren unerwünschte und jeweils irrelevante Voraussetzungen und Nachwirkungen zu übersehen. Jede Metapher kann ein subtiles Mittel sein, das hervorzuheben, was man gerne glauben möchte, und das zu umgehen, was man nicht wahrhaben will. [...]

Die Metapher ist daher ein Mittel zur Formung politischer Loyalitäten (und politischer Opposition), zur Formung der Prämissen, unter denen Entscheidungen gefällt werden.“

Gerade angesichts ihrer suggestiven Kraft kann daher die Rolle, die Metaphern in der politischen Auseinandersetzung spielen, nicht genug betont werden.

Generell werden durch die Metapher einige Aspekte des metaphorisierten Gegenstandes hervorgehoben, andere ausgeblendet. So fokussierte

der Paulskirchenabgeordnete Beckerath mit seiner in der Nationalversammlung häufig zitierten Metapher vom zu errichtenden Staat als „Dom“, der die Freiheit begründe (vgl. Burkhardt 1997, 426 f.), zwar auf die ethische Unangreifbarkeit eines solchen, letztlich von Gott regierten Gebildes, blendet dabei jedoch das Problem der Kirchenhierarchie in symptomatischer Weise ebenso aus wie die Frage nach der Finanzierung und dem Verhältnis von Staat und Kirche. So fokussierte die von Kaiser Wilhelm II. zu Beginn des Ersten Weltkrieges häufig gebrauchte anachronistische Metapher von der Armee als seinem „Schwert“ zwar auf eine Vorstellung vom Heer als Instrument in der Hand eines Monarchen, der sich als Herrscher „von Gottes Gnaden“ verstand, blendete jedoch neben dem Volksheercharakter seiner Armee und deren Zusammensetzung aus Millionen von Individuen zugleich die inzwischen technisierte Kriegsführung und damit die zu erwartenden (und auch eingetretenen) Grauen der „Materialschlachten“ aus. Und so betont etwa die für das Jahr 1990 charakteristische Metapher vom „Zug der deutschen Einheit“ die Unausweichlichkeit und Fahrplanmäßigkeit der staatlichen Vereinigung von DDR und (alter) Bundesrepublik; über alternative Bahnverbindungen, etwaige Anschlußzüge, über den Zugtyp, die Beförderungsklasse und die Mitreisenden schweigt sie sich ebenso aus wie über die zu erwartende Höhe des Fahrpreises, die damals manche Kritiker davon abgehalten hat, voreilig auf den Zug aufzuspringen. Jede Zeit und jede größere politische Debatte, so zeigt sich, gebiert ihre eigenen zentralen Metaphern, die durch häufigen Gebrauch zu Schlagwörtern werden können.

Nur die wenigsten der Metaphern sind originell, zumeist knüpft man an die traditionellen Muster an, die die Alltagssprache bereitstellt. Man darf daher annehmen, daß die auffällige Stereotypie und Vagheit politischer Sprache vor allem auf den überhöhten Gebrauch vorgefertigter, bereits eingespielter, konventionalisierter, sogenannter „toter“ oder „verblaßter“ Metaphern zurückzuführen ist. Das ist aber nur die halbe Wahrheit, denn gleichwohl dienen auch die verblaßten Metaphern dazu, Ereignisse zu konzeptualisieren und Wahrnehmung zu strukturieren. Sie sind allenfalls als Individuen „tot“, will sagen, werden nicht mehr als Metaphern verstanden, als Metapherentyp und -bildungsmuster sind sie jedoch im allgemeinen sehr lebendig und werden ständig fortgesponnen und reproduziert (vgl. dazu Lakoff/Johnson 1980). Hier können nur fünf solcher Grundmuster genannt werden, die für die politische Sprache besonders charakteristisch sind:

### A. POLITIK IST EIN GEBÄUDE/ THEORIEN SIND GEBÄUDE

Wenn etwa Politik bzw. Volkswirtschaft im Sinne der Gebäude-Metapher konzeptualisiert wird, dann müssen innerhalb dieses Bildes Stabilität, solide Fundamente und tragende Pfeiler als zentrale Werte, Instabilität und Zusammenbruch dagegen als Gefahren erscheinen. Die produktiven Kräfte der Instabilität, d. h. ihre dynamischen Aspekte, werden dagegen ausgeblendet: In diesem Sinne ist in der „Wende-Debatte“ von *tragenden Pfeilern, soliden Fundamenten*, den „geistigen und moralischen Grundlagen unseres Zusammenlebens“ (Geißler) und vom „Ausbau des Rechtsstaats“ die Rede. Auch die Paulskirchen-Metapher vom zu erbauenden „Dom“ gehört in diesen Zusammenhang.

### B. POLITIK IST DAS ZURÜCKLEGEN EINES WEGES/EINE REISE

Diese Metapher fokussiert auf die Zielgerichtetheit politischen Handelns, blendet jedoch zugleich neben alternativen Reisemöglichkeiten auch die Landschaft aus, durch die gegangen wird. Metaphern wie *Politik der kleinen Schritte, der Weg aus der Krise, getrennte Wege gehen, an einem Kreuz- oder Scheideweg angelangt sein* sind für die politische Sprache charakteristisch.

### C. DER STAAT IST EIN SCHIFF

Durch die altehrwürdige Metaphorisierung des STAATES als SCHIFF, bei der es sich um die Säkularisierung einer ursprünglich religiösen Metapher handelt, wird der Aspekt der Schicksalsgemeinschaft hervorgehoben. Beispiele für besonders frequente nautische Metaphern dieses Typs sind vor allem *den Kurs bestimmen, einen Kurs einhalten bzw. einschlagen, gegensteuern, eine Wende bzw. Wendemanöver durchführen* usw. Die Analogie zwischen Staat und Schiff geht dahin, daß es Mannschaften, Offiziere, einen Steuermann gibt, daß die Besatzung gemeinsam einen Weg zurücklegt, daß der Kapitän den Kurs bestimmt und entsprechend navigieren läßt, daß die Mannschaft zusammenstehen muß, wenn sie die Reise im gefährlichen Element be- bzw. überstehen will. Ausgeblendet werden in dieser Metapher hierarchische Unterschiede und divergierende Interessen innerhalb der Crew. Zudem sind Staatskatastrophen, anders als die Gefahren des Meeres, menschengemacht.

### D. PROBLEME SIND KRANKHEITEN/ POLITIKER SIND ÄRZTE

Im Lichte der Metaphern dieses Typs erscheinen wirtschaftliche oder politische Ereignisse als

Fehlentwicklungen am Gesamtorganismus, deren „Erreger“ von den verantwortlichen Personen unter Rückgriff auf geeignete Behandlungsmethoden zu bekämpfen sind. Ein Verzicht auf therapeutische Maßnahmen ist ebenso ausgeschlossen wie eigenes Verschulden. Hierher gehören Metaphern wie die vom *Kollaps des Sozialismus* ebenso wie die von der *Gesundung der Staatsfinanzen*. Medizinische und Krankheitsmetaphorik ist zwar heute überwiegend in bezug auf die Wirtschaft gebräuchlich; sie findet sich jedoch auch im Umfeld kriegerischer Auseinandersetzungen: Es sei hier nur an die von amerikanischen Militärs während des Golf-Kriegs eingeführte Metapher vom „chirurgischen Krieg“ bzw. „Schlag“ (am. *surgery strike*) erinnert, die z. B. in der folgenden Formulierung des französischen Fernsehens wieder aufgenommen wurde: „Chirurgisch präzise operieren sie den Krebs aus dem Saddam-Geschwulst“ (*BILD* vom 21. 1. 1991, S. 2). In der Paulskirche war dieser Metapherentyp auch in bezug auf innenpolitische Ereignisse überaus geläufig, insbesondere bei den 20 im Parlament vertretenen Ärzten:

„Beliebt waren [...] medizinische Bilder, die gelegentlich mit liebevoller Kleinarbeit gemalt wurden. Hatte schon Schlössel Deutschland mit einem Scharlachkranken verglichen, der viel Blut verloren habe; war für Edel die Republik der heiße Fiebertraum einer Krankheit gewesen, der sehr bald der eiskalte Fieberschauer einer militärischen Despotie nachzufolgen pflegt, und hatte Vischer gefragt, ob die deutschen Mißstände chirurgisch oder medizinisch, allöopathisch oder homöopathisch geheilt werden sollten, und dabei die Nationalversammlung mit dem Sympathicus verglichen; so gewannen derartige Vergleiche naturgemäß an Beliebtheit, je mehr es dem Ende zuzuging. Mit medizinischen Bildern wurde um die Loslösung Österreichs gekämpft: Jawohl, erklärte Eisenstuck, Österreich ist ein krankes Glied, das auch den ganzen Körper leidend macht, aber der weise Arzt heilt, und amputiert nicht gleich. Die Erbkaizerlichen andererseits wollten gegen die chronische, schleichende Krankheit die kräftige Diät einer starken Verfassung verordnen.“ (Heiber 1953, 44).

Eine widerwärtige Radikalisierung der Krankheitsmetapher liegt vor, wenn politische Gegner oder ethnische Gruppen als Krankheiten (*Pest, Cholera, Krebs, Syphilis, Geschwür*) oder als deren Erreger bzw. Überträger (*Ungeziefer, Parasiten, Bazillen, Ratten, Schmeißfliegen*) metaphorisiert werden (vgl. Bachem 1979, 128 ff.). Weil diese Krankheiten und folglich auch deren Erreger bzw. Überträger gefährlich sind, gehört zur „deontischen“ Bedeutung ihrer Bezeichnungen, daß sie beseitigt bzw. „ausgemerzt“ werden müssen. Wer derartige Meta-

phern auf andere Personen anwendet, entmenschlicht diese daher nicht nur, sondern stiftet implizit zur Gewalt gegen sie an (vgl. Kurz 1982, 26). In der antisemitischen Propaganda der Nationalsozialisten erreichte diese inhumane Metaphorik ihren traurigen Höhepunkt und hat sicherlich in nicht unerheblichem Maße zur psychologischen Vorbereitung des Holocaust beigetragen. In der DVU-Formulierung vom „Politgeschwür der 1968er“ findet sich diese entmenschlichende Metaphorik noch in den 90er Jahren wieder.

#### E. INNENPOLITIK IST KRIEG/KAMPF

Metaphern dieses im innenpolitischen Diskurs (auch in der Presse) besonders häufig gebrauchten Typs fokussieren auf Konkurrenz und Polarisierung im Streit um Machterhalt und -erwerb. In der Sprache des *Torpedierens*, des *Unterminierens*, der *Gemetzel*, *Trommel-*, *Stör-* und *Sperrfeuer*, des *Vorstößes* bzw. *-marsches*, aber auch des *Rückzugs* und des *Wundenleckens*, der *Graben-* und *Richtungskämpfe*, *Scharmützel* und *Scheingefechte*, der *Fronten*, *Schützengräben*, *Flügelkämpfe* und *Friedensoffensiven*, der *Wahlkampfeschlachten*, *Preiskriege* und *Marschkolonnen*, der *Rededuellen*, *Rundumschläge* und des nur allmählich verrauchenden *Pulverdampfs* bleiben kooperative Aspekte der Politik notwendig ebenso ausgeblendet wie das Gemeinwohl als oberstes Ziel politischen Handelns (vgl. Burkhardt 1992, 836 ff.). Manches spricht für die These, daß die Ausbreitung dieses Metapherntyps auf die Militarisierung der Gesellschaft im Wilhelminischen Reich zurückzuführen ist.

In all diesen Metapherentypen zeigen sich Alltagstheorien, alltägliche, vorwissenschaftliche Sehweisen, die in der Regel unreflektiert reproduziert werden. Die abgeleiteten Einzelmetaphern mögen „tot“ oder „verblaßt“ sein, produktiv bleiben jedoch die Deutungssysteme, zu denen sie gehören. Aber auch diskurstypische Grundmetaphern wie die Gorbatschowsche vom *Haus Europa* können ausgebaut werden:

„Meiner Ansicht nach läßt sich ohne die USA, die im *gesamteuropäischen Haus* ihr „Penthouse“ haben werden, sicherheitspolitisch weder in Europa, noch in anderen Regionen etwas erreichen. [...] Viele sowjetische Beobachter könnten sich durchaus vorstellen, daß die *Türen der beiden deutschen Wohnungen* eines künftigen, ausländischer *Einquartierungen* ledigen *europäischen Hauses* füreinander offen stehen und es beide *Nachbarn* um so leichter haben, miteinander in allen Lebensbereichen zu kommunizieren“ (Nikolai Portugalow in: Moskauer News 9/1988; zit. nach Bachem/Battke 1988, 115 f. [Hervorhebungen vom Verf.]

Wie das im Zusammenhang mit politischen Veränderungen zyklisch wiederkehrende Bild von der *Wende* war auch die ebenfalls für die späten 80er Jahre typische Metapher vom *Haus Europa* keineswegs neu, denn, wie Schirmer (1992) zeigen konnte, wurde sie bereits in der Weimarer Zeit verwendet.

Politische Metaphern haben ihre Zeit und ihre Geschichte. Manche Bilder bieten sich immer wieder an, andere werden gerade aufgrund ihrer historischen Reminiszenz von den Späterlebenden wieder aufgegriffen. Nach ihrem Gewicht im jeweiligen Diskurs ließen sich „exponierte“ (zumeist originelle) Basismetaphern, „routinierte“ Metaphern (Ableitungen aus diskurstypischen Bildfeldern) und „konventionelle“ („verblaßte“, „tote“) Metaphern unterscheiden. Während exponierte und routinierte Metaphern ihren eigentlichen Ort im informativ-persuasiven Sprachspiel haben, sind von den konventionellen Grundmustern einige wenige für politische Sprache allgemein charakteristisch. Eine Geschichte der politischen Metaphorik bleibt noch zu schreiben.

#### 4.2. Politische Euphemismen

Schon seit der Antike ist der Euphemismus stets eines der wichtigsten persuasiven Instrumente der Politikersprache gewesen.

„Es handelt sich [...] um ein psychopolitisches sprachliches Mittel im Dienst der Herrschaftsausübung oder der Anhängerwerbung, das politische Notwendigkeiten oder als notwendig angesehene Maßnahmen nicht direkt beim Namen nennt, sondern sprachlich verschleiert. Der Politiker, der für sein Handeln die Zustimmung der öffentlichen Meinung zu gewinnen sucht, nimmt Rücksicht auf die Gefühle und Wertvorstellungen, die der Hörer mit bestimmten Wörtern verbindet, und umgeht einen eventuellen Widerstand, indem er ein solches Wort vermeidet. An seine Stelle tritt ein anderes, das den Tatbestand verschleiert“ (Dieckmann 1964, 100).

Euphemismen sind demnach als lexikalische oder syntaktische Formen des Beschönigens zu bestimmen, als einkalkulierte Ungenauigkeiten, deren manipulativer Sinn darin liegt, beim Adressaten unliebsame Assoziationen zu unterdrücken oder durch positive zu ersetzen. Indem sie gebildet und verwendet werden, um negative Aspekte des Bezeichneten oder des beschriebenen Sachverhalts zu verhüllen, stellen euphemistische Äußerungen letztlich „partielle Lügen“ (Leinfellner 1971, 42) dar. Doch während solche Lügen im Alltag in der Regel eingesetzt werden, um in tabuisierten Lebensbereichen (Tod, Fäkalien, Sexualität) als übergroß empfundene Deutlichkeit zu vermeiden und dadurch

die Psyche des Adressaten zu schonen, dienen sie diesem moralischen Zweck in den Sprachspielen der Politik eher selten, sondern sind auf die recht eigennützige Abwendung möglicher Image-Beschädigungen beim Sender und die Vermeidung nachteiliger Folgehandlungen von seiten des Hörers berechnet. So war Hitlers Satz vor dem Nazi-„Reichstag“: „Seit 5 Uhr 45 Uhr wird jetzt zurückgeschossen“, der den Beginn des Zweiten Weltkriegs markierte, deswegen euphemistisch, weil er die kriegereischen Handlungen als solche zwar zugab, den tatsächlichen Angriff aber als Verteidigung zu verklären und damit die Schuld an der Entfesselung des Krieges der polnischen Regierung zuzuweisen suchte.

Wie die Metaphern sind auch die Euphemismen Formen des uneigentlichen Sprechens. Doch während die ersteren auf Eigenschaften ihres Referenzobjekts fokussieren, um sie zu „erhellen“, liegt die Aufgabe der letzteren darin, Fokussierungen zu vermeiden, um dadurch den Blick auf unliebsame Denotatseigenschaften zu „verstellen“. Der Euphemismus kann sich entweder der normalen, bereits verfügbaren Wörter der Sprache bedienen oder durch eigens erzeugte Neologismen zum Ausdruck gebracht werden (die gleichwohl von der Sprachgemeinschaft übernommen und dadurch Allgemeingut werden können).

Euphemismen lassen sich zunächst formal in „syntaktische“ und „lexikalische“ unterscheiden:

Syntaktische Euphemismen sind Sätze, die mit Hilfe von nicht oder weniger negativ konnotierten Wörtern oder Wendungen als ganze so formuliert sind, daß unangenehme Wahrheiten heruntergespielt werden: „Wir durchleben im Osten augenblicklich eine schwere militärische Belastung“ formulierte Goebbels in seiner berühmten Sportpalast-Rede nur wenige Tage nach der Schlacht um Stalingrad; im demokratischen Staat mögen die Beispiele harmloser sein, doch werden auch hier Fehler nur selten ausdrücklich eingestanden, Krisen verbal über-tüncht: „Auf jeden Fall gibt die derzeitige Konjunkturlage Anlaß zur Diskussion“ ließ im Januar 1970 der damalige Bundesbankpräsident diplomatisch verlauten; und Anfang Mai 1993 disqualifizierte sich der frühere SPD-Vorsitzende und schleswig-holsteinische Ministerpräsident Engholm kurz nach seinem Rücktritt durch die Äußerung, die ihm zur Last gelegte Falschaussage vor dem Kieler Untersuchungsausschuß in der Barschel- bzw. „Schubladen“-Affäre sei für ihn nur „eine Petitesse gewesen“. Auch taktisch bedingtes Auslassen relevanter Informationen

kann als Euphemismus betrachtet werden (vgl. Leinfellner 1971, 89 ff.): In der denkwürdigen Tagung der DDR-Volkskammer am 13. November 1989 sagte der Vorsitzende des Ministerrates, Willi Stoph, u. a. den Satz: „Unsere Kompetenz war bekanntlich wesentlich eingeschränkt.“ Erst auf mehrmaliges Nachfragen war er bereit, diejenigen zu nennen, die solche Einschränkungen zu verantworten hatten: „Der Vorsitzende des Staatsrates und Generalsekretär des ZK der SED und der Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden, das Mitglied des Politbüros Mittag.“

Lexikalische Euphemismen sind entweder abstrahierend oder positivierend (vgl. dazu auch Reich 1973, 225 f.). Beim abstrahierenden Euphemismus handelt es sich um die spontane oder planmäßige Bezeichnung einer Sache durch einen abstrakteren Oberbegriff, in dem deren negativ bewertete Merkmale getilgt sind: *Sonderbehandlung* für ‘planmäßigen Völkermord’, *Anschluß Österreichs* für ‘Besetzung Österreichs’, *pazifizieren* bzw. *befrieden* (nach lat. *pacare*) für ‘mit militärischen Mitteln unterwerfen’, *Gerät* oder *System* für ‘Waffe’, *Gebührenanpassung* für ‘Gebührenerhöhung’, *Aktion* für ‘Angriff’ bzw. ‘militärischen Kampfeinsatz’ und *neutralisieren* für ‘töten’. Positivierend sind solche Euphemismen, in denen negative Merkmale der bezeichneten Sache getilgt und durch positive Assoziationen ersetzt sind: Was eigentlich eine Nuklearkatastrophe ist, wird zum *Störfall* heruntergespielt, indem das in *Katastrophe* enthaltene Merkmal ‘von unübersehbaren Ausmaßen’ durch das zu *Störfall* gehörige Merkmal ‘von zeitlich und lokal begrenztem Umfang’ substituiert wird. Bei den positivierenden Euphemismen handelt es sich zumeist um vorsätzlich zum Zwecke der Beschönigung gebildete Neuwörter: *Protektorat* für ‘besetztes Gebiet’, *freisetzen* für ‘entlassen’, *Sondermüll* für ‘umweltschädliche Abfälle’, *Null- oder Minuswachstum* für ‘Stagnation’ bzw. ‘Rezession’, *ethnische Säuberung* für ‘Vertreibung bzw. Ermordung von Angehörigen ethnischer Minderheiten’. Während abstrahierende Euphemismen synekdochisch sind, indem sie auf dem Ausweichen auf einen merkmalsärmeren Oberbegriff beruhen, können positivierende auf metonymische oder metaphori-sche Weise gebildet sein. Metonymisch sind sie, wenn innerhalb des betreffenden Frames ein Neben-aspekt über Gebühr hervorgehoben und etwa das Ablassen giftiger Chemikalien auf hoher See *Verklappung* genannt wird. Und sie sind metaphorisch, wenn eine verharmlosende Analogie gesetzt wird, wie sie etwa in Begriffen wie *atomares Pulverfaß* oder *Industrie- bzw. Entsorgungspark* zum Ausdruck kommt.

In allen seinen Erscheinungsformen dient der politische Euphemismus der Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit, aber auch der des Sprechers vor sich selbst. Er ist also einerseits ein strategisches Mittel der Überzeugungsarbeit, andererseits ein psychologischer Schutzwall, mit dem sich einer umgibt, der Schlimmes tut bzw. zu tun beabsichtigt oder schlechte Nachrichten mitzuteilen hat. Zugleich aber besteht die Gefahr, daß Euphemismen unter der Hand zu einer Behinderung des Denkens werden. Gelingt es nämlich, euphemistische Wörter und Wendungen in den allgemeinen Sprachgebrauch einzuführen und eventuell konkurrierende Zeichen zu verdrängen, gelingt es, die lexikalischen Beschönigungen im Wortschatz der einzelnen Sprecher als übliche Bezeichnungen zu verankern und (im Extremfall) selbst die Betroffenen dazu zu bringen, etwa vom *Freigesetzt*- bzw. *Abgewickeltwerden* oder vom *Flugkörper* (für 'Rakete'), zu reden, dann hat sich der Euphemismus gleichsam als Schleier über unsere Wahrnehmung gelegt, und es wird selbst für den Erfinder der Beschönigung auf die Dauer schwierig, den bezeichneten Sachverhalt anders als in rosarotem Licht zu sehen. „Manche üble Tat wäre unterblieben“, schreibt Kainz (1972, 386 f.), „wenn die Sprache den Täter gezwungen hätte, ihr ins Gesicht zu sehen, indem sie ihm lediglich die unverblühte Direktbezeichnung zur Verfügung gestellt hätte, [...]“. Insofern sind Euphemismen nicht nur als Mittel der „gewollten Täuschung“ (Heringer 1990, 56), sondern auch als Elemente ungewollter Selbsttäuschung zu verstehen (vgl. dazu auch Dieckmann 1964, 108).

Auch Euphemismen sind Anlaß sprachlicher Kämpfe und Sprachthematisierungen in der Politik, denn einerseits können sie zum Stigma- wort des politischen Gegners avancieren (*unerwünschter Nebenschaden*, *kollektiver Freizeitpark*), andererseits hängt die Einstufung als Euphemismus nicht selten davon ab, aus welcher Perspektive man den denotierten Sachverhalt betrachtet (*Pflichtumtausch* vs. *Zwangsumtausch*). Und der „Vorwurf, die Sprache zur Tarnung politischer Ziele zu mißbrauchen, kann [...] selbst wieder ein propagandistisches Mittel sein“ (Dieckmann 1964, 103). Wie Weidigs berühmte Ersetzung des Büchnerschen Stigmaworts *die Reichen* durch den weniger verbindlichen Begriff *die Vornehmen* im „Hessischen Landboten“ exemplarisch belegt, kann im Polizeistaat die Verwendung von Euphemismen auch dazu dienen, die Zensur zu umgehen oder das Provokationspotential eines Textes zu verringern.

Je größer das Unheil desto zahlreicher die Beschönigungen. Insofern ist es nicht erstaunlich, daß gerade der Nazi-Terror die meisten und die übelsten Euphemismen hervorgebracht und mit Hilfe von Sprachlenkungs- und Zensurmaßnahmen öffentlich verbreitet hat (vgl. Leinfellner 1971, 155 f.). Unter dem Eindruck der nazistischen, aber auch der stalinistischen Sprache hat Orwell in 1984 den Euphemismus — unter der selber euphemistischen Bezeichnung *rektifizieren* — zum Prinzip der propagandistischen Lügenarbeit seines „Wahrheitsministeriums“ erhoben. Zwar hat der Euphemismus seinen eigentlichen Ort im „informativ-persuasiven“ und im „integrativen“ Sprachspiel, doch ist er in Zeiten des politischen Umbruchs, in denen wankende Herrscher die Sprechhandlungen ihrer Edikte und Verordnungen nur noch als Ratschläge oder Wünsche zu bezeichnen wagen (vgl. Dieckmann 1964, 105), auch im „regulativen“ anzutreffen.

#### 4.3. Rhetorische Figuren

Wie in anderen Formen elaborierten öffentlichen Sprechens oder Schreibens begegnen auch in politischen Texten rhetorische Figuren aller Art. Ihr Sinn ist es, durch ihre Form oder durch zugrundeliegende Präsuppositionen zu betören. Nur auf diejenigen von ihnen, die für die Politiksprache, v. a. aber für die politische Rede besonders typisch sind, kann im folgenden eingegangen werden. Für umfassendere Darstellungen der politischen Verwendung rhetorischer Mittel sei auf die Arbeiten von Heiber (1953, 201 ff.), Sandow (1962) und Pelster (1966, 94 ff.) verwiesen.

Aus der Vielzahl der rhetorischen Figuren scheinen neun für die politische Rede — innerhalb wie außerhalb des Parlaments — besonders charakteristisch zu sein: rhetorische Frage, Paralyse, Parallelismus sowie Klimax, Chiasmus, Wiederholung, Anapher, Epipher und Clausula.

Die rhetorische Frage (*interrogatio*), die in der politischen Rede von alters her besonders häufig ist, stellt eine als Frage formulierte Aussage dar, die das Gegenteil dessen behauptet, was durch die Frageproposition nahegelegt wurde, und nicht auf das Erhalten einer Antwort, sondern auf das Erwirken von Zustimmung gerichtet ist. Bei der rhetorischen Entscheidungsfrage wird — auf indirekte Weise — die Negation des ganzen Satzsinn, bei der rhetorischen Ergänzungsfrage die Nichtbesetztheit der durch das Fragepronomen gekennzeichneten bzw. präsupponierten Kategorie suggeriert. „Kann man es insbesondere eigentlich unseren jüngeren Mitbürgern verdenken, die von Politi-

kern Charakter, Geradlinigkeit, Glaubwürdigkeit verlangen, wenn sie sich angewidert abwenden?“ fragte der damalige Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Barzel, in der „Wende-Debatte“ von 1982 und meinte: ‘nein, man kann es nicht’. „Was unterscheidet hier noch die Theorie und Praxis Adenauers von der uns allen bekannten Linie der Strangulierung der Parteien, wie sie im Hitler-Faschismus üblich gewesen ist?“ fragte DDR-Ministerpräsident Grotewohl Anfang der 50er Jahre in der Volkskammer und meinte: ‘ihn unterscheidet nichts’. Wenn eine rhetorische Frage vom Redner selbst beantwortet wird, liegt die rhetorische Figur der Subiectio vor. So sagte beispielsweise Giskra aus Mährisch-Trübau in der Paulskirche („Posen-Debatte“):

„Aber ist es möglich, auch jetzt schon Polen herzustellen? Ist Polen reif dafür? Will Polen es selbst in diesem Augenblicke schon? (Stimmen auf der Linken: Ja!) Ich sage nein, meine Herren; es ist nicht reif dafür und das ganze Volk will es nicht“ (PK 2/1203).

Allerdings ist es taktisch unklug, eine rhetorische Frage (wie im Beispiel) so zu stellen, daß sie vom politischen Gegner per Zwischenruf in der Intention des Redners zuwiderlaufendem Sinne beantwortet und dadurch öffentlichkeitswirksam auf den Redner zurückgewendet werden kann. Die rhetorische Frage muß von der Suggestivfrage geschieden werden (vgl. Burkhardt 1988), die Antwortpräferenzen oder -erwartungen des Sprechers präsupponiert, wie etwa der Ausruf „Wollen Sie die, die in Baden die Waffen ergriffen haben, zurücksetzen gegen einen Prinzen von Preußen?“, mit der der Abgeordnete Brentano am 7. 8. 1848 die monarchistische Rechte der Paulskirche bis zu Forderungen zu Pistolenduellen provozierte.

Eine besonders trickreiche rhetorische Figur stellt die Paralipse oder Präteritio dar. Sie besteht darin, daß der Sprecher die Aufmerksamkeit des Publikums auf den von ihm dargestellten Sachverhalt dadurch zu erhöhen trachtet, daß er paradoxerweise ausdrücklich abstreitet, das sagen zu wollen, was er dann doch mehr oder weniger ausführlich mitteilt (vgl. Heiber 1953, 305 f.). So sagte etwa am 14. Juni 1848 der Abgeordnete Heckscher als Berichterstatter „über die schleswig=holstein’sche Sache“ in der Paulskirche:

„Nun folgten die Kriegsereignisse, die Sie kennen, und zwar zuerst die glückliche Einnahme von Rendsburg; doch will ich nicht weiter hiervon sprechen, da Ihnen diese Dinge ebenso gut oder besser bekannt sind, als mir. Ich schweige selbst von der glorreichen Eroberung des Danewirke, wo die preußischen Truppen sich unverwelkliche Lorbeeren pflückten.“

Der Parallelismus, d. h. die syntaktisch gleichartige Formulierung benachbarter Sätze erscheint in der politischen Rede zumeist in der Form der Anapher; so z. B. in Barzels Rede in der „Wende-Debatte“ von 1982:

„Man hat aus Ihren eigenen Reihen, Herr Bundeskanzler, Ihre Energiepolitik verhindert, [...]. Man hinderte Sie, eine dem Jahreswirtschaftsbericht entsprechende Wirtschaftspolitik zu machen, [...]. Man kündigte Koalitionsabreden zum Haushalt auf. Man streichelte die sogenannte Friedensbewegung, [...]“.

Die Klimax läßt sich als effektiv steigende Aufzählung von Wörtern, Satzteilen oder ganzen Sätzen bestimmen. Die Steigerung entsteht durch schrittweise Erhöhung der konnotativen Wucht der aufgezählten Elemente: „Die Gestalten vieler edelster Männer, die durch die Kirche [...] zurückgesetzt, verfolgt, geächtet, zugrunde gerichtet, gefangen gehalten oder zu Tode gemartet wurden [...]“, sagte z. B. der Abgeordnete Zimmermann vor der Frankfurter Nationalversammlung. Daß sich Klimax und Parallelismus verbinden können, zeigt folgende Passage aus der Rede, die der Koblenzer Abgeordnete Werner am 27. Mai 1848 (Beratung über den „Raveauxschen Antrag“) ebenfalls in der Paulskirche gehalten hat.

„Wir wollen ein schönes und festes Band der deutschen Einheit, kein Flickwerk von 38 Stücken, die nach und nach zusammengetragen werden! Wir haben keine österreichische, keine preußische, keine bayerische, keine lichtensteinische Nation. (Bravo!) wir haben eine deutsche Nation. (Stürmisches Bravo!)“.

Ein Chiasmus entsteht durch Nebeneinanderstellung zweier Sätze, in denen zwar jeweils dieselben beiden Wörter bzw. Wortstämme (oder sie vertretende Pronomina) erscheinen, deren syntaktische Funktionen jedoch wechselseitig ausgetauscht sind; ein Beispiel ist Brandts Formulierung: „Das Volk ist nicht für die Parteien und für die Parlamente da. Wir haben für das Volk da-zusein“ aus der „Wende-Debatte“.

Die Wiederholung ist das nochmalige Aussprechen des Kernwortes oder der Kernaussage eines Satzes, sei es zur Hervorhebung bzw. Bekräftigung des Gesagten, sei es zur Beanspruchung des Rederechts bei anschwellendem Lärm und Zwischenrufen: „Die Verfassung, die Verfassung und nichts als die Verfassung“ formulierte (mit ironisierender Absicht) Vogt am 24. April 1849 in der Paulskirche. „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort. Ich wiederhole: „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort [...]“, sagte 1987 der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Barschel vor laufenden Fernsehkameras — wenige Tage, bevor nachgewiesen wurde, daß er seinen

Gegenspieler Engholm doch hatte bespitzeln lassen. „Je klarer die moralische Legitimation einer Regierung —“, sagte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in der „Wende-Debatte“, bevor er durch „Zurufe von der CDU/CSU“ unterbrochen wurde, und fuhr im Redetext erst nach Wiederholung der übertönten Äußerung fort: „Je klarer ihre moralische Legitimation, desto größer ihre Fähigkeit, auch in kritischen Situationen die Bürger innerlich für die Regierungshandlungen aufzuschließen und zu gewinnen.“

Die Anapher ist die effektvolle Wiederholung derselben Wörter oder syntaktischen Strukturen am Anfang aufeinanderfolgender Sätze bzw. Verse; die Epipher die Benutzung gleichlautender Formulierungen an benachbarten Satz- bzw. Versenden. Mit Hilfe von Anaphern (in ironischem Kontext) verwahrte sich Schmerling in der Paulskirche wirkungsvoll gegen den Vorwurf, nur das Gespenst der Anarchie zu bekämpfen:

„Wahrlich ein Gespenst, welches gedroht hat, in Frankfurt die Türen dieses Hauses zu erstürmen und in demselben uns zu erschlagen; *wahrlich ein Gespenst*, welches zwei ehrenwerte Glieder unseres Hauses meuchlings gemordet und andere zu Tode verfolgt hat; *wahrlich*, meine Herren, *ein Gespenst*, welches in das badische Oberland den Einfall des Struve herbeigeführt hat [...], *wahrlich ein Gespenst*, welches in Thüringen jetzt reichliche Brandschatzungen hervorgerufen hat“ [Hervorhebungen vom Verf.].

Eine bekannte Epipher, die Shakespeares „Brutus ist ein ehrenwerter Mann“ anklingen läßt, verwandte Jordan in seiner Rede vom 17. Juni 1848:

„Die Ereignisse thürmen und überstürzen sich lavinenhaft *und wir — wir halten Feiertage*. [...] Eine deutsche Stadt, eine wichtige Seestadt im Süden, ist bedroht von einer feindlichen Flotte, und in diesem Augenblick steht sie vielleicht in Flammen, *und wir? — wir halten Feiertage!* In Prag gestatten wir es, daß ein Slaven=Congreß uns alle möglichen Keckheiten an den Kopf wirft, und warten ab, bis er alles Mögliche gethan haben wird, was ihm beliebt, und dann auseinander geht; denn das geht uns ja nichts an: *wir halten Ferien!* — In einer nordischen Hauptstadt klopft die Revolution zum zweiten Male an die Pforte. [...] In diesem Augenblick ist dort wirklich schon Blut geflossen; aber das geht uns nichts an, das kümmert uns nicht, *wir — halten Ferien!*“ [Hervorhebungen vom Verf.].

Die Clausula ist der effektheischende bzw. appellative Schlußsatz einer Rede. Während im weitgehend persuasiv argumentierenden „Diskussionsparlament“ Paulskirche die typische Rede mit einem Appell wie „Treten Sie unserem Antrag bei“, „Ich beschwöre Sie, meine Herren, werfen Sie die Brandfackel des Bürgerkrieges nicht in unser deutsches Vaterland!“ (Moritz Mohl) oder mit einer Sentenz bzw. einem Zitat

endet, lautet die Clausula im von der Fraktionsdisziplin beherrschten „Arbeitsparlament“ immer häufiger: „Die Fraktion X stimmt dem Antrag Y zu“ oder „Wir lehnen den Antrag Y ab.“

Insgesamt scheint die These begründet, daß der Gebrauch rhetorischer Mittel innerhalb wie außerhalb der Parlamente abgenommen hat. Eine derartige Entwicklung könnte sowohl auf die abschreckende Nachwirkung der Nazi-Propaganda als auch auf die Entwertung des Plenums im „Arbeitsparlamentarismus“ zurückgeführt werden. Weil sich in einer solchen Veränderung aber nicht nur das äußere Kennzeichen sprachstilistischer Verflachung, sondern auch eine Tendenz zur Versachlichung sehen läßt, muß man diese Entwicklung nicht zwangsläufig bedauern.

## 5. Politische Pragmatik

Obwohl auch und gerade die Formen institutionellen Sprechhandelns und die Textsorten der Politik historischen Veränderungen unterworfen sind, die sich epochal bedingten Stilpräferenzen und dem Wechsel oder internen Wandel politischer Systeme verdanken, ist die politische Sprachpragmatik bis dato ein relativ wenig erforschtes Gebiet geblieben.

### 5.1. Politisches Sprechhandeln

„Politische Geschichte, die Geschichte politischer Institutionen und politischen Handelns ist untrennbar verbunden mit der Geschichte des regulativen Sprachspiels.“ (Grünert 1984, 32) Sie ist aber zugleich auch die Geschichte der anderen vier Sprachspieltypen, insbesondere des „informativ-persuasiven“. Aufs Ganze gesehen werden in der Sphäre der Politik natürlich alle möglichen Sprechhandlungen vollzogen oder anders gesagt: Politische Äußerungen werden sprachlich und kontextuell so arrangiert, daß sie jeweils im Sinne bestimmter Sprechaktbezeichnungen verstanden werden können (vgl. dazu Burkhardt 1986). Wie im normalen Leben wird auch in der Politik auf mündlichem wie auf schriftlichem Wege mitgeteilt, behauptet, gefragt, gebeten, befohlen, gedankt, vorgeschlagen, ein Vorwurf erhoben, sich entschuldigt, gewarnt, gedroht, angekündigt, versprochen oder sogar sein Ehrenwort gegeben. Wie immer kann dies mit Hilfe sprechaktbezeichnender Ausdrücke wie z. B. „Ich frage Sie [...]“, „Ich danke Ihnen“, „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort“ (vgl. dazu Heringer 1990, 188 ff.) oder durch Präsuppositionen und Implikaturen indirekt nahegelegt werden. Insofern könnte eine Beschäf-



tigung mit der Geschichte politischen Sprechhandelns auf den ersten Blick uninteressant erscheinen. Als „Sprache in der Politik“ spielt sich politische Kommunikation jedoch zu einem Großteil innerhalb von Institutionen ab und bringt dort eigene Sprechhandlungsformen hervor: eine Sitzung eröffnen oder schließen, einen Antrag oder eine Zwischenfrage stellen, zur Abstimmung stellen, das Abstimmungsergebnis feststellen, ein Gesetz verabschieden oder erlassen, verkünden oder in Kraft setzen. Wie sich die Institutionen im Wandel der Staatsformen verändern können, so sind aber auch die Sprechhandlungstypen letztlich abhängig von der politischen Praxis des jeweiligen Systems, das sie hervorgebracht hat. Der zweite Blick offenbart daher, daß politisches Sprechhandeln v. a. innerhalb des „regulativen“ und des „instrumentalen/begehrenden“ Sprachspiels durchaus seine spezifischen historischen Wandlungen durchlaufen hat. Weil sie neben einer genauen Kenntnis historischer Tatsachen und Zusammenhänge noch die Vertrautheit mit je systemabhängigen Entscheidungsprozessen und Verfahrenstechniken innerhalb politischer Institutionen erfordert, stellt sich die Beschreibung des politischen Sprechhandelns früherer Epochen noch schwieriger dar als die historisch-semantische Analyse politischer Bedeutungen.

Eine der wenigen genuin sprachhistorischen Studien zum politischen Sprechhandeln, die bisher vorliegen, stammt von Walther Dieckmann (1989) und ist dem pragmatischen Wandel der explizit-performativen Formeln in preußischen Erlassen des 19. Jahrhunderts und insofern dem „regulativen“ Sprachspiel gewidmet. Indem die Interpretation solcher Sprechhandlungen vom historisch-politischen Kontext und der jeweiligen Organisationsstruktur politischer Systeme und Institutionen abhängig ist, aber zu politischen Sprechhandlungstypen Begriffsbestimmungen oder gar Sprachthematizierungen aus der jeweiligen Zeit nur selten zu finden sind, ergeben sich hermeneutische Probleme, in deren Folge sich das Ausgehen vom gegenwärtig-sprachlichen Sprechhandlungsmuster zwangsläufig als untaugliche Methode erweist. So bringen die von Dieckmann als Materialgrundlage gewählten „Erlasse“ aus dem 19. Jahrhundert

„sowohl die Vorstellung ins Wanken, das formale Auftreten einer der Typen explizit-performativer Formeln habe in der Regel auch deren Funktion, als auch die Hoffnung, man könne die Abweichung vom normalen Gebrauch aus dem Äußerungsakt selbst erschließen und auf diese Weise dann doch den Handlungscharakter der Äußerung verstehen. Es scheinen entweder andere Regeln zugrunde zu liegen als die, die die Litera-

tur bisher ausformuliert hat, oder der Gebrauch muß tatsächlich in hohem Grade als abweichend gekennzeichnet sein“ (1989, 178).

Zunächst einmal erweist sich die sprechakttheoretische Orientierung an der mündlichen Kommunikation bei der handlungspragmatischen Analyse historischer Texte insofern als Nachteil, als diese zur geschriebenen Kommunikation gehören, in der Kundgabe- und Äußerungsakt zeitlich in der Regel auseinanderklaffen, so daß Schreibakt und Handlungsvollzug nicht in der von den Sprechakttheoretikern postulierten *indem*-Relation zueinander stehen können. Im Falle von Erlassen ist daher zwischen Schreibakt, Veröffentlichung und Inkrafttreten zu unterscheiden, die in der Regel in zeitlicher Versetzung nacheinander erfolgen. Darüber hinaus sind in der Regel „Produkte institutionellen Handelns [...] heute und weithin schon im 19. Jahrhundert Resultanten mehrerer Handlungen verschiedener Personen zu verschiedenen Zeitpunkten, von denen meist keine für sich allein die Kraft hat, die Obligationen zu bewirken, die mit dem jeweiligen Handlungsprodukt verbunden sind“ (ebd., 182). Die Folge ist, daß sich auch explizit-performative Sprechhandlungen zu einem Handlungsprozeß zerdehnen, „in dem verschiedene Einzelhandlungen sukzessive dazu beitragen, daß die fragliche Endhandlung zustande kommt“ (ebd.). Daher geht auch schon in vorkonstitutioneller Zeit erst aus dem Zusammenspiel einer als „Erlaß“, „Ordre“ oder „Rescript“ bezeichneten Handlung des Königs, der Gegenzeichnung des Ministers und der Veröffentlichung in der Gesetzessammlung und/oder dem Amtsblatt die intendierte Sprechhandlung hervor. Am Beispiel preußischer Erlasse kann Dieckmann die Systemabhängigkeit politisch-institutioneller Sprechhandlungskonzepte zeigen: Während etwa ein Reichsgraf der absolutistischen Epoche per Verordnung „aus eigener Machtvollkommenheit neue Handlungsbedingungen für seine Untertanen setzen konnte und in seiner Befehlsgewalt keinerlei Einschränkungen unterlag“ (ebd., 183) und im Rahmen des demokratisch verfaßten Staates erst verschiedene aufeinander bezogene Handlungen unterschiedlicher Personen, Gremien und Institutionen vollzogen werden müssen, bevor ein direktiver Text oder eine deklarative Sprechhandlung zustande kommt, ist die Übergangszeit der konstitutionellen Monarchie, besonders aber die Zeit der 48er Revolution, durch einen Machtkampf zwischen alter und neuer Herrschaft gekennzeichnet, der sich auch in der Sprachgebung der Erlasse und Gesetzesverkündigungen widerspiegelt: Zum einen werden trotz Zwischen-

schaltung parlamentarischer, ministerieller und regierungsamtlicher Entscheidungsprozesse die alten symbolischen Verkündigungsformeln (*Wir, Wilhelm, ... verordnen hiermit ...*) weitgehend beibehalten, zum andern wird die Deutung des seit Anfang des 19. Jhs. in Preußen gültigen Prinzips der Kontrasignatur im Sinne einer parlamentarischen Verantwortlichkeit des kontrasierenden Ministers gegenüber der Volksvertretung vom König unterlaufen, indem dieser Erlasse etwa von Mitgliedern der königlichen Familie und Ernennungen vom Ernannten gegenzeichnen ließ und so auch symbolisch auf dem Verständnis der Kontrasignatur als bloße Beglaubigung königlicher Akte insistierte.

Auch wenn sie sich mindestens zum Teil in persuasiver Absicht an die Öffentlichkeit richtet, ist zur institutionellen Kommunikation der Politik auch die parlamentarische Sprache zu rechnen. Hier erscheinen einerseits Sprechhandlungen der allgemein verfügbaren Typen, allerdings in von der Alltagssprache abweichender Gewichtung und Verteilung. Andererseits hat der deutsche Parlamentarismus, nach englischem, französischem und belgischem Vorbild, seit der 48er Revolution eine Reihe institutioneller, v. a. gesprächsorganisatorischer Sprechakttypen und Verfahrensmuster hervorgebracht, die z. T. in den Geschäftsordnungen kodifiziert sind und ihrerseits vorbildhaft auf die Arbeitsweise anderer Gremien eingewirkt haben (vgl. dazu Holly 1982, 13 f.). Es handelt sich dabei größtenteils um Sprechakte des Präsidiums, die Burkhardt (1997) unterscheidet in:

(a) *debattenkonstitutive Sprechhandlungen:*

Eröffnen und Schließen der Sitzung, Aufrufen und Verlesen der Tagesordnung, Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung, Verkündung des nächsten Sitzungstages, Bekanntgabe der Tagesordnung der nächsten Sitzung

(b) *debattenstrukturierende Sprechhandlungen:*

Eröffnen und Schließen der Debatte zu einem Tagesordnungspunkt, Fragestellung, Frage, ob das Wort gewünscht wird, Feststellen eines Abstimmungsergebnisses

(c) *debattenorganisierende Moderationen:*

Bitte um Ruhe, Erteilen des Wortes, Frage nach Gestatten einer Zwischen- oder Zusatzfrage, Abgabe einer Erklärung des Präsidiums

(d) *autoritative Maßnahmen*

Ordnungsruf, Rüge, Sachruf, Entziehen des Wortes, Ausschließung von der Sitzung, Aufforderung zur Räumung der Tribüne.

Die meisten dieser Sprechakte sind „deklarativ“, d. h. schaffen zugleich den Tatbestand, den sie sprachlich zum Ausdruck bringen. Gerade die recht chaotisch verlaufene Eröffnungssitzung

der Paulskirche (vgl. dazu Holly 1982, 20 ff.; Burkhardt 1997, 16 ff.) zeigt, wie wichtig die Verfügbarkeit solcher Sprechakte und an diese gebundener Verfahrensregeln für größere Gremien ist, denn nur die klare Unterscheidung zwischen ANTRÄGEN ZUR SACHE und GESCHÄFTSORDNUNGSANTRÄGEN, die Einhaltung der „Abfolge von ANTRAG, ERÖFFNUNG DER DEBATTE, DEBATTE, FESTSTELLUNG von SCHLUSS DER DEBATTE (eventuell nach vorausgegangenem ANTRAG AUF SCHLUSS DER DEBATTE, der angenommen sein muß), FRAGESTELLUNG, ABSTIMMUNG und FESTSTELLUNG DES ABSTIMMUNGSERGEBNISSES“ (Holly 1982, 27), unter Kenntlichmachung der einzelnen Schritte durch die Präsidenten, garantiert einen verfahrenstechnisch einwandfreien Ablauf der Verhandlung.

Ein Redner kann im Prinzip alle denkbaren Arten von Sprechhandlungen vollziehen, obwohl man erwarten kann, daß in seinem Text ASSERTIVA und DIREKTIVA dominieren. Ihm stehen jedoch auch einige (in der Regel mündlich vorzutragende) DEKLARATIVA zu Gebote, von denen die ABGABE EINER ERKLÄRUNG und das STELLEN EINES ANTRAGS für die Institution Parlament besonders charakteristisch sind. Auch diese Muster haben sich historisch herausgebildet und verändert. So konnte Holly (1982, 27) zeigen, daß „die Ausdrücke *antragen auf* und *Antrag* in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts durchaus noch außerhalb institutioneller Kontexte ungefähr wie *vorgeschlagen* und *Vorschlag* gebraucht werden konnten“, ehe sich im Gefolge parlamentarischer Arbeit für das Verb die Form *beantragen* durchsetzte und, gemeinsam mit dem zugehörigen Substantiv *Antrag*, die heute übliche Bedeutung entwickelte. Auf der anderen Seite hat der verfahrenstechnische Stellenwert gerade der institutionellen Sprechhandlungen der Redner im Zuge des Wandels vom „Diskussions-“ zum „Arbeits-“ bzw. „Schaufensterparlament“ (vgl. Burkhardt 1992, 156 ff.; 1997, 5 ff.) deutlich abgenommen, denn wenn die Plenarsitzung nur noch eine Dokumentationsfunktion hat und durch Absprachen in den Fraktionen, in den Ausschüssen und im Ältestenrat sowie interfraktionelle Besprechungen alle wesentlichen Fragen bereits vorab geklärt und der Sitzungsablauf vorgeplant ist, sind auch ANTRAGSTELLUNG und ERKLÄRUNG im Plenum zumeist nur noch Zugeständnisse an die institutionell gebotene Form und keine individuellen Sprechhandlungen mehr.

Während der Redner Raum für Ausführungen hat, sind die kommunikativen Handlungen

derjenigen, die das offizielle Rederecht nicht besitzen, notgedrungen kurz und entweder verbal:

- (a) Zwischenruf
- (b) Zwischenfrage

oder außersprachlich:

- (c) Zwischensymptome (Zustimmung, Heiterkeit, Lachen, Widerspruch, Beifall, früher auch Zischen bzw. Murren, Pultdeckelklappen, Verlassen des Sitzungssaales usw.)
- (d) Abstimmungszeichen (Handzeichen, Aufstehen, Sitzenbleiben).

Diese Zeichen haben ebenfalls ihre Geschichte und unterliegen der historischen Veränderung. Das Pultdeckelklappen, um die Jahrhundertwende von den Abgeordneten des österreichischen Reichsrats zu stundenlanger Störung der Sitzung eingesetzt, war noch im Bundestag der 50er Jahre eine häufig praktizierte Form der Mißfallenskundgebung, die erst mit dem Einbau einer neuen Bestuhlung verschwand. Früher übliches Zischen ist inzwischen aus der Mode gekommen. Nach anfänglich ernsthaft interrogativer Verwendung hat die 1953 mit dem Ziel der Belebung der Debatten eingeführte ZWISCHENFRAGE zwar im Laufe der Zeit zahlreiche Mustervarianten ausgeprägt, ist aber zugleich mehr und mehr zum Mittel der Provokation, Ridikülisierung und Selbstdarstellung herabgekommen (vgl. Burkhardt 1995, 81 ff.; 1998).

Auch der Zwischenruf hat vielfältige syntaktische Formen entwickelt und kann zum Vollzug einer Vielzahl unterschiedlicher Sprechhandlungen eingesetzt werden. Die Untersuchung seiner Geschichte hat seit den Tagen der Paulskirchenversammlung einen deutlichen Rollenwandel ergeben: Diente er anfänglich fast ausschließlich der Bekundung von ZUSTIMMUNG oder ABLEHNUNG, liegt seine Aufgabe heute vor allem darin, auf (vermeintlich) vergessene und unberücksichtigt gebliebene Argumente hinzuweisen. Solche MEMORANDA werden überaus häufig von IRONIE und SPOTT überlagert. Während ZUSTIMMUNG und ABLEHNUNG — bei gleichzeitigem radikalen Anstieg der Zwischenrufquantität und -durchschnittslänge immer geringeren Raum einnehmen, dominieren heute — neben dem echten HINWEIS auf (Gegen-)Argumente vor allem solche Formen, die der RIDIKÜLISIERUNG des Redners dienen. Im „Diskussionsparlament“ kaum vorhandene EVALUATIVA wie VORWURF oder ABQUALIFIKATION (der Person bzw. des Inhalts) beanspruchen im „Arbeits-“ bzw. „Schaufensterparlament“ immer breiteren Raum, auch wenn sie

sich dabei — in Folge des abnehmenden Gewichtes der Plenardebatte — zumeist moderaterer Formen bedienen. Weil im „Schaufensterparlamentarismus“ die Plenarreden immer weniger dazu dienen, Abgeordnete anderer Fraktionen zu überzeugen, sondern immer deutlicher darauf angelegt sind, die eigene Position zu verteidigen und den politischen Gegner vor den Augen der Nation zu diskreditieren, ist der Zwischenruf nach und nach sowohl in Länge als auch in Variabilität, Leistung und Frequenz immer mehr zu einem — wenngleich ein wenig hilflosen — Stör- und Abwehrinstrument des andersdenkenden Zuhörers ausgebaut worden (vgl. zu alledem Burkhardt 1993, 168 ff.; 1998).

Vergleichbare Entwertungen können unter den politischen Bedingungen des jeweiligen Systems bzw. Systemzustands auch andere, nicht-institutionelle Sprechakttypen durchlaufen, so z. B. das Versprechen, wenn es als Wahlversprechen erscheint. Dann handelt es sich nämlich um Versprechen, von denen jeder weiß (bzw. wissen sollte), daß sie strenggenommen keine sind (vgl. dazu Dieckmann 1981, 278; Heringer 1995, 95 f.), weil in ihnen die versprechenstypische „Glückensbedingung“: daß der Sprecher auch in der Lage ist, den Versprechensinhalt zu verwirklichen, nur selten erfüllt zu sein scheint: Selbst wenn der Wahlkämpfer im Augenblick seines Versprechens den Willen, die eingegangene Verpflichtung zu erfüllen, und den Glauben, das Versprochene später tun zu können, gehabt haben mag, kann er sich nach der Wahl angesichts sich verändernder politischer Lagen bequem auf die Position zurückziehen, daß ihn — trotz guter Absicht — geänderte Bedingungen an der Verwirklichung des Versprochenen gehindert hätten. Der moralische Standard eines politischen Systems läßt sich jedoch am Grad der Glaubwürdigkeit ablesen, den das Volk den Versprechungen seiner Politiker zumißt.

## 5.2. Politische Textsorten und -stile

„Immer muß geredet/geschrieben werden, wenn politisch gehandelt wird, gehandelt werden soll“, schreibt Grünert (1984, 29). „Allerdings unterscheiden sich die Herrschaftssysteme in Gegenwart und Vergangenheit voneinander in ihren Formen und Inhalten, in ihren Zielen und Methoden. Sie unterscheiden sich damit auch in ihren kommunikativen Stilen, d. h. in der Art und Weise, wie sie kommunikative Prozesse ermöglichen.“ Schon Dieckmanns Analyse der Sprechhandlungen in historischen Texten aus dem Bereich des „regulativen“ Sprachspiels ließ (neben der typischen Erlaßstruktur: direktive Überschrift, Angabe des Urhebers, Gegenstand und

Inhalt der Verordnung, ggf. Hinweis auf Sanktionen, Inkrafttreten, ggf. Übergangsbestimmungen sowie Signatur und Kontrasignatur) zugleich einen Wandel des Textsortenstils erkennen: vom imperialen Gestus zur unpersönlichen Verwaltungssprache, von der persönlichen zur durch institutionelle Verfahren erzeugten Direktive. Am Beispiel der „Markt=Ordnung der Stadt Braunschweig de dato Braunschweig, den 29. September 1763“ und des „Erneuerten Reglements die Portehaisen=Anstalt in der Stadt Braunschweig betreffend d. d. Braunschweig, den 1. Juli 1784“ haben Cherubim/Objartel/Schikorsky (1987, 148 ff.) den Schematisierungsgrad solcher „regulativer“ Texte erläutert und Textsortenmerkmale wie Häufung von Modalverbkonstruktionen, logisch gliedernden Konjunktionen und präskriptiven Feststellungen zusammengetragen, die nicht nur der „Effektivierung“ dienen, sondern in Verbindung mit der zeittypischen Verwendung appellativer Adverbien wie *gnädigst*, *unterthänigst*, *gebührend* oder *pünktlich* sowie jargonhafter Abkürzungen (*resp.*, *betr.*, *d. d.*) auf die politische Autorität der anordnenden Behörde verweisen.

Unter Berücksichtigung der verwendeten Kommunikationsmedien und -bedingungen, des jeweiligen Sprecher- und Adressatentyps sowie unter Rekurs auf charakteristische Ein- und Ausleitungsformeln, Textstrukturen, Sprechhandlungsmuster und Stilgebungen lassen sich also Textsortenmerkmale zusammenstellen und in den diachronischen Vergleich setzen.

Wie das „regulative“ hat daher auch jedes der drei übrigen von Grünert unterschiedenen Sprachspiele — in Abhängigkeit von den politischen Gegebenheiten und den epochal verfügbaren technischen Medien — die für es charakteristischen Textsorten und Textsortenstile hervorgebracht: das „informativ-persuasive“ u. a. Flugschrift, Zeitungskommentar, Statement, Interview, Fernsehdiskussion, Parlamentsrede bzw. -debatte, das „integrative“ z. B. Parteiprogramm, Parteitagsrede, Parteizeitung und Rundbrief, das „instrumentale/begehrende“ Petition, Eingabe, Antrag, Volksbegehren u. dgl. Abgesehen von den Flugschriften der Zeit der Bauernkriege (vgl. Diekmannshenke 1994 und die dort angegebene Literatur) sind unter texttypologischen Gesichtspunkten bisher nur Bittschreiben und Parlamentskommunikation historiologisch genau beschrieben worden.

Bei schriftlichen Bitten, die dem „instrumentalen/begehrenden“ Sprachspiel angehören und an einzelne politische Repräsentanten oder staatliche bzw. kommunale Institutionen gerichtet sind, ist zwischen solchen mit und solchen ohne

Vermutung eines einklagbaren Rechtsanspruchs zu unterscheiden (vgl. Cherubim/Objartel/Schikorsky 1987, 153). Im ersteren Falle handelt es sich um Anträge, Ein- oder Widersprüche, im letzteren um Gesuche oder Petitionen (bei Eingaben oder Beschwerden sind im Prinzip beide Konstellationen möglich). Während es beim Verfassen von Texten der ersten Kategorie lediglich darauf ankommt nachzuweisen oder zu belegen, daß der konkrete Einzelfall den gesetzlich vorgeschriebenen Kriterien genügt, beruht die Wirksamkeit von Texten der zweiten Gruppe „im wesentlichen auf der Überzeugungskraft verbaler und formaler Gestaltungsmittel“ (ebd.). Gesuche sind daher „um so bedeutsamer, je geringer der gesetzmäßig abgesicherte Organisationsgrad eines Staatswesens ist“ (ebd.). Im Rahmen ihrer Studie zu institutionsbezogenen Texten des 19. Jhs. haben Cherubim/Objartel/Schikorsky besonders den Huldigungsaufwand herausgearbeitet, der in absolutistischer Zeit beim Schreiben von Bittbriefen betrieben werden mußte und sich nicht allein auf die Titulatur („Hochverehrlicher Magistrat“) und den Schluß („Mit ganz vorzüglicher Hochachtung verharre ich in Unterthänigkeit gehorsamst“) erstreckte, sondern auch in der Textmitte durch Einfügung veralteter Fremdwörter (*Supplicant*, *proponiren*) und anderer behördenstilistischer Archaismen (*dahier*, *hiesig*) sowie von Devotionsformeln (*gehorsamer Bittsteller*, *seines unterthänigsten Dafürhaltens*) zu beachten war. Im Gefolge politischer Entwicklungen macht die Textsorte Bittgesuch im Laufe des 19. Jhs. deutliche stilistische Veränderungen durch: von der persönlichen Anrede des Landesherrn oder seiner Beamten zur Adressierung an die Behörde, von der narrativen zur knappen, sachbezogenen Darstellungsweise, vom „rückwärtsgewandten Untertanen“ zum „vorwärtsgewandten Bürgergeist“ (ebd., 160). Waren die dem Standesdenken des 18. Jhs. entstammenden Titulaturen für weltliche Behörden (z. B. *Hoch*, *Hochpreislich*, *Hochverordnet* für Königliche; *Hochlöblich* für Provinzial- und *Wohlloblich* für Ortsbehörden) schon im frühen 19. Jh. immer weniger als Ausdruck von Unterwürfigkeit verstanden, sondern eher als Textsortenregelungen gehandhabt worden, so wurden sie 1848 in Preußen und Sachsen offiziell abgeschafft. Demokratische Bestrebungen der jüngeren Geschichte haben dazu geführt, daß sich diese emanzipatorische Tendenz zur Entförmlichung der Kommunikation zwischen Bürger und Staat bis in die Gegenwart fortgesetzt hat. Angesichts immer wieder diagnostizierter Kommunikationsprobleme zwischen Ost und West dürfte sich dennoch gerade nach der Vereinigung der

beiden deutschen Staaten mit ihrer unterschiedlichen politischen Geschichte die vergleichende synchrone wie diachrone Untersuchung von Texten des „instrumentalen/begehrenden“ Sprachspiels lohnen.

„Für das integrative Sprachspiel gilt die Formel: Ich und du, wir beide gehören zusammen“ (Grünert 1984, 34). Das „informativ-persuasive“ in seiner parlamentarischen Spielart folgt dagegen der Formel: Wir und ihr von den anderen Parteien sind Gegner, aber wir und ihr zuhörenden Bürger gehören zusammen. Auch der Parlamentarismus hat neue Text- bzw. Dialogsorten hervorgebracht (neben der Debatte selbst z. B. Fragestunde, Aktuelle Stunde, Große Anfrage, Persönliche Erklärung, Zwischenfrage, Kurzintervention), die im Laufe der Zeit ihrerseits Stilveränderungen durchlaufen haben. Um aber diesen Wandel beschreiben zu können, wären zunächst präzisere Textsortenkriterien nötig, als sie die Forschung bisher hervorgebracht hat: Simmler (1978) gelingt es nicht, die von ihm unterschiedenen „Redesorten“ des Deutschen Bundestages: Kanzler-, Minister-, Fraktionssprecher- und Abgeordnetenrede typologisch überzeugend voneinander abzugrenzen. Elaborierter ist Tillmanns (1989) Versuch, die politischen Textsorten auf der Basis einer Taxonomie unterschiedlicher Handlungsziele und -bedingungen sowie typischer Sprecher-Adressaten-Konstellationen zu klassifizieren. Auch hier scheinen Unterscheidungen wie die zwischen „Kanzler-“, „Minister-“ und „Abgeordnetenrede“ (zudem differenziert nach Regierungs- bzw. Oppositionspartei) jedoch übertrieben und dürften für historische Studien wenig ergiebig sein. Erst wenn man, mit Strauß (1986), „kommunikative Verfahren“, d. h. übergeordnete Sprechhandlungsmuster, „Sprachspiele“ (als konventionelle soziale Kommunikations- und Handlungskonstellationen) und den „pragmatischen Textgehalt“, d. h. die charakteristischen Textfunktionen, zur Arbeitsgrundlage macht und dabei zugleich mediale Aspekte, Stilmormen und Sprecher-Adressaten-Bezüge bedenkt, kann eine überzeugende synchronische Typologie politischer Textsorten entstehen, die sich beim diachronischen Vergleich auch auf historische Textvorkommen abbilden ließe. Insofern dürfte bei der Bearbeitung textsortengeschichtlicher Fragestellungen das Ausgehen von Textsortenmustern am erfolgversprechendsten sein. Kilian (1997), der bei seiner Analyse des Grundrechte-Diskurses im Parlamentarischen Rat ein solches Verfahren anwendet, gelingt es, aus dem in dieser Hinsicht traditionell recht unspezifischen parlamentarischen Sprachgebrauch fünf prototypische parlaments-

typische Dialogsorten herauszufiltern, nämlich Debatte, Diskussion, Aussprache, Beratung und interfraktionelle Besprechung. Die DEBATTE ist die öffentliche Kommunikationsform, „in der ‘Persönlichkeiten’ im Großgruppdialog coram publico, d. h. vor ‘Zeugen’, in Form rationaler, gegenstandsorientierter Rede und Gegerede die Wahrheit — oder zumindest die für das Gemeinwohl optimale Gestaltung — des politischen Gegenstands ERMITTELN.“ Während sich die DISKUSSION dem typologischen Blick bei näherem Hinsehen als kontroverser Kleingruppendialog zum Zweck der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu erkennen gibt, ist die AUSSPRACHE, als im wesentlichen metakommunikativer Dialog „zur Vereinbarung von Kommunikationsbedingungen“, „Krisenmanagement“ und dient der „HERSTELLUNG und gegebenenfalls KONFLIKTLÖSENDE VERÄNDERUNG und ERNEUERUNG von binnenkommunikativen beziehungs- und gegenstandsorientierten Handlungsbedingungen“. Dagegen besteht die zentrale Aufgabe der (häufig sprachreflexiven) BERATUNG in der „ÜBERFÜHRUNG DER POLITISCH-IDEOLOGISCH KONSTITUIERTEN MATERIE IN EINE POLITISCH-JURISTISCHE FORM“. Die INTERFRAKTIONELLE BESPRECHUNG schließlich ist die Kommunikationsform, in der zwischen Unterhändlern nicht-öffentlich Kompromisse ausgehandelt und Interessenunterschiede durch Tausch abgeglichen werden. Den ermittelten Dialogsorten werden jeweils die Sprechakttypen zugeordnet, die für sie charakteristisch sind. Indem er die fünf parlamentarischen Dialogtypen auf die Gesamtheit der Plenar- und Ausschusssitzungen des Herrenchiemseer Konvents und des Parlamentarischen Rats abbildet, kann Kilian u. a. zeigen, daß die Funktion der Kommunikationsform Debatte schon im Rahmen des Grundrechte-Diskurses auf ERÖFFNEN und SCHLIESSEN des Diskurses beschränkt und „auf die binnen- und außenkommunikative ORIENTIERUNG“ festgelegt war, während die kontroverse Diskussion im Plenum zwar weiterhin als Idealtyp galt, aber zugleich als ineffektiv betrachtet und daher in die Ausschüsse verlagert wurde, wo sie (zusammen mit der Beratung) das „Diskurszentrum“ bildete. Indem folglich die nicht-öffentlichen Dialogtypen die Szene beherrschten, wurde einerseits der Grundstein für einen effektiven Arbeitsparlamentarismus gelegt, andererseits aber die Chance verspielt, für den neuen Staat die öffentlich-demokratischen Dialogtypen als Normalform parlamentarischer Auseinandersetzung zu etablieren.

War die persuasiv angelegte politische Rede in der Antike, im frühen Parlamentarismus und noch in der Rundfunk-Ära dieses Jahrhunderts die herausragende Kommunikationsform der Politik, so hat diese Textsorte mit dem Aufkommen des Fernsehens und dem Wandel der Volksvertretung zum „Arbeitsparlament“ ihre beherrschende Stellung verloren. Sie erscheint zwar noch im „integrativen“ Sprachspiel als Parteitags- oder Kundgebungsrede (bzw. Gedenkrede, Weihnachts- oder Neujahrsansprache) und im „informativ-persuasiven“ als Parlaments- oder Wahlkampfreden, doch als zentrale Form der Vermittlung zwischen Politik und Öffentlichkeit ist sie inzwischen weitgehend durch die Fernsehdiskussion, die Talkshow, das Politikerinterview und das Fernsehstatement ersetzt worden. Die „Mediendemokratie“ verlangt vom Politiker erhöhte Textsortenkompetenz: Arbeitsgespräch, Fraktions- und Ausschußsitzung, Plenarrede, Zwischenfrage, Presse-, Rundfunk- und Fernsehinterview, Referat mit Diskussion im Ortsverein, Parteitagsrede, Pressekonferenz, Rundbrief an die Mitglieder, Zeitungskommentar, Presseerklärung, Beantwortung von Briefen usw. (vgl. zu alledem Holly 1990). Und all diese Textsorten haben natürlich schon ihre — längere oder kürzere — Geschichte, die es zwecks besseren Verständnisses der Gegenwart verdient, analysiert und nachgezeichnet zu werden.

## 6. Fazit: Forschungsstand und -desiderate

Die politische Sprache vieler Zeitabschnitte liegt im Dunkel der Geschichte, und infolge von Überlieferungslücken wird manches wohl für immer dort verbleiben. Doch auch wo die Quellenlage günstig ist, harren viele Dokumente noch der historisch-politologischen Untersuchung (z. B. die Protokolle von Magistraten, Zensurbehörden, Ständekammern und der politischen Gerichtsbarkeit). Nur zu einigen besonders wichtigen historischen Epochen liegen linguistische Studien vor, die sich mit der Sprache der politischen Auseinandersetzungen der Zeit beschäftigen. Dabei gilt die Regel: Je näher der Gegenwart, desto höher der Erforschtheitsgrad.

Während daher die Geschichte der politischen Lexik nach 1945 mit dem Erscheinen von Stötzel/Wengeler (1995) und Böke/Liedtke/Wengeler (1996) als weitgehend geschrieben gelten kann und sowohl zur Sprache des Nationalsozialismus (z. B. Berning 1958, Maas 1984) als auch zum offiziellen Sprachgebrauch in der DDR (z. B. Reich 1968, Schlosser 1990) zahlrei-

che Arbeiten erschienen sind, liegen zu den Schlagwörtern anderer Zeitabschnitte nur mehr oder weniger umfangreiche, empirisch teils mehr, teils weniger gut gestützte Einzelforschungen vor, die ihren Gegenstandsbereich nicht erschöpfen können: Das gilt für Diekmannshenkes (1994) Monographie über die Schlagwörter der Radikalen der Reformationszeit ebenso wie für Stammlers (1954) kleine Studie über diejenigen der Aufklärung, für Wülfings „Schlagworte des Jungen Deutschland“ (1982) ebenso wie für Grünerts (1974) Untersuchung der Paulskirchenlexik oder Clasons (1981) Ausführungen zum politischen Wortschatz der Konservativen zwischen Reichsgründung und dem Ende der Weimarer Republik.

Daß Stammler und Wülfing ihre Schlagwortforschungen ausschließlich auf literarische (bzw. philosophische) Texte gestützt haben, kann gerade bei den von ihnen thematisierten Epochen nicht verwundern. Doch auch außerhalb historischer Perioden, in denen die Literatur die politische Diskussion beherrschte, sind literarische Texte stets Spiegel der politischen Kommunikationskultur ihrer Zeit gewesen, denn wer — wie Schiller im *Fiesko* oder Büchner in *Dantons Tod* — historisch-politische Figuren literarisch ausgestaltet, wer — wie Laube in *Das erste deutsche Parlament* oder Döblin in *November 1918* — politische Ereignisse beschreibt, wer — wie die Dichter der Befreiungskriege — auf die eigene Zeit Einfluß zu nehmen sucht oder — wie Heinrich Mann im *Untertan*, Koepen im *Treibhaus*, Christa Wolf in *Störfall* oder Grass in *Unkenrufe* — die jeweilige Zeitgeschichte als realen Hintergrund eines fiktionalen Geschehens benutzt, muß sich auch der politischen Sprache bedienen: der Schlagwörter und Leitvokabeln, der Euphemismen und Metaphern, der Formen politischer Rhetorik und Textsortenstilistik. Daß solche literarischen Werke, in denen zuweilen sogar authentische politische Texte bzw. Äußerungen zitiert oder versatzstückhaft eingearbeitet werden, den politischen Wortschatz und Textsortenstil der Zeit schon gleichsam in vorgefilterter Form präsentieren, läßt sie als Gegenstand bzw. Material historisch-politologischer Forschungsbemühungen besonders geeignet erscheinen.

Obwohl die Stenographischen Protokolle eine ausgezeichnete und leicht verfügbare Textgrundlage bilden, sind auch von der Geschichte der parlamentarischen Sprache erst einzelne Mosaiksteine beschrieben: Sprachstil und Lexik der Paulskirche (Heiber 1953, Grünert 1974), des Reichstags der Kaiserzeit (Kalivoda 1986, 1988, 1989, 1991) und des Parlamentarischen Rates

(Kilian 1997) sowie die historische Entwicklung der Formen und Funktionen des Zwischenrufs (Burkhardt 1998). Neben Forschungen zur Kommunikation im Reichstag der Weimarer Republik fehlen auch solche zum Sprachstil des frühen Bundestages. Auch die Geschichte der parlamentarischen Rhetorik wartet noch auf ihren Autor. Und eine systematische Untersuchung der Genese politisch-institutioneller Sprechakttypen (einschließlich der parlamentarischen) und zur Diachronie politischer Textsorten steht bisher noch aus. Doch erst in der Zusammenschau der Ergebnisse solcher Studien wird sich das geschichtliche Wechselspiel von politischem System und politischer Sprache nebst Veränderungen in Struktur, Funktion und Dominanz der „Sprachspiele“ und in diesem Rahmen auch der Wandel der parlamentarischen Kommunikation auf dem Weg vom „Diskussions-“ zum „Schaufensterparlament“ (in seiner Abhängigkeit von medialen Entwicklungen) vollständig nachzeichnen lassen.

Die Historiographie der politischen Sprache in allen ihren „Sprachspielen“ ist eine der kulturellen Aufgaben der Germanistik. Besonders beim Studium historischer Umbrüche wird ihre Bedeutung für die Geschichtswissenschaft deutlich, gehört es doch „zur Ausübung einer neuen Herrschaft, das Zeichen- und Symbolsystem der alten Herrschaft zu beseitigen bzw. semantisch umzustrukturieren“ (Grünert 1984, 34). Einige nicht unbedeutende Beiträge sind schon geleistet (vgl. dazu die Forschungsübersichten bei Kilian [1994] und Burkhardt [1997, 136 ff.]). Doch erst am Ende langwieriger kollektiver Forschungsanstrengungen wird die Hoffnung verwirklicht werden können, dereinst eine umfassende Geschichte der politischen Sprache vorzulegen.

## 7. Literatur (in Auswahl)

- Bachem, Rolf, Einführung in die Analyse politischer Texte. München 1979.
- Bachem, Rolf/Kathleen Battke, Unser gemeinsames Haus Europa. Zum Handlungspotential einer Metapher im öffentlichen Meinungsstreit. In: Mu 99, 1989, 110—126.
- Bergsdorf, Wolfgang, Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland. Pfullingen 1983.
- Berning, Cornelia, Die Sprache des Nationalsozialismus. Diss. [masch.] Bonn 1958.
- Biedenkopf, Kurt H., Sprache und Politik. In: Hans Jürgen Heringer (Hrsg.), Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Tübingen 1982, 189—197.
- Böke, Karin/Frank Liedtke/Martin Wengeler, Politische Leitvokabeln in der Adenauer-Ära. Berlin/New York 1996. (SPÖ 8).
- Brünner, Gisela, Metaphern für Sprache und Kommunikation in Alltag und Wissenschaft. In: DD 18, 1987, Heft 94, 100—119.
- Burkhardt, Armin, Soziale Akte, Sprechakte und Textillokutionen. A. Reinachs Rechtsphilosophie und die moderne Linguistik. Tübingen 1986. (RGL 69).
- Ders., Können Wörter lügen? In: Universitas. Zeitschrift für interdisziplinäre Wissenschaft 47, 1992, 831—840.
- Ders., Der Einfluß der Medien auf das parlamentarische Sprechen. In: Bernd Ulrich Biere/Helmut Henne (Hrsg.), Sprache in den Medien nach 1945. Tübingen 1993, 158—203. (RGL 135).
- Ders., Zwischen Diskussions- und Schaufensterparlamentarismus. Zur Diagnose und Kritik parlamentarischer Kommunikation — am Beispiel von Zwischenfragen und Kurzdialogen. In: Andreas Dörner/Ludgera Vogt (Hrsg.), Sprache des Parlaments und Semiotik der Demokratie. Studien zur politischen Kommunikation in der Moderne. Berlin/New York 1995, 73—106. (SPÖ 6).
- Ders., Politolinguistik. Versuch einer Ortsbestimmung. In: Josef Klein/Hajo Diekmannshenke (Hrsg.), Sprachstrategien und Dialogblockaden. Linguistische und politikwissenschaftliche Studien zur politischen Kommunikation. Berlin/New York 1996, 75—100. (SPÖ 7).
- Ders., Das Parlament und seine Sprache. Studien zur Theorie und Geschichte parlamentarischer Kommunikation. Berlin/New York 1997. (SPÖ 9).
- Ders., Zwischen Monolog und Dialog. Zur Theorie, Typologie und Geschichte des Zwischenrufs im deutschen Parlamentarismus. Berlin/New York 1998. (SPÖ 10).
- Busse, Dietrich/Wolfgang Teubert, Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In: Dietrich Busse/Fritz Hermanns/Wolfgang Teubert (Hrsg.), Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen 1994, 10—28.
- Ders./Fritz Hermanns/Wolfgang Teubert (Hrsg.), Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen 1994.
- Cherubim, Dieter/Georg Objartel/Isa Schikorsky, „Geprägte Form, die lebend sich entwickelt“. Beobachtungen zu institutionsbezogenen Texten des 19. Jahrhunderts. In: WW 37, 1987, 144—176.
- Clason, Synnöve, Schlagworte der „Konservativen Revolution“. Studien zum polemischen Wortgebrauch des radikalen Konservatismus in Deutschland zwischen 1871 und 1933. Stockholm 1981. (Schriften des Deutschen Instituts der Universität Stockholm 12).

Dieckmann, Walther, Information oder Überredung. Zum Wortgebrauch der politischen Werbung in Deutschland seit der französischen Revolution. Marburg 1964.

Ders., Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. 2. Aufl. Heidelberg 1975.

Ders., Explizit-performative Formeln als Sprachfigur in preußischen Erlassen des 19. Jahrhunderts. In: Dieter Cherubim/Klaus J. Mattheier (Hrsg.), Voraussetzungen und Grundlagen der Gegenwartssprache. Sprach- und sozialgeschichtliche Untersuchungen zum 19. Jahrhundert. Berlin/New York 1989, 177—195.

Diekmannshenke, Hans-Joachim, Die Schlagwörter der Radikalen der Reformationszeit (1520—1536). Frankfurt/Main [etc.] 1994.

Edelman, Murray, Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. Frankfurt/Main/New York 1990 [Neuausg.].

Erfurt, Jürgen, Diskursanalyse und Sprache der Politik. In: Der Ginkgo Baum. Germanistisches Jahrbuch für Nordeuropa, 8. Folge, 1988, 106—109.

Fetscher, Iring/Horst E. Richter (Hrsg.), Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe. Reinbek bei Hamburg 1976.

Foucault, Michel, Die Archäologie des Wissens. Frankfurt/Main 1973.

Grünert, Horst, Sprache und Politik. Untersuchungen zum Sprachgebrauch der „Paulskirche“. Berlin/New York 1974.

Ders., Politische Geschichte und Sprachgeschichte. Überlegungen zum Zusammenhang von Politik und Sprachgebrauch in Geschichte und Gegenwart. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 14, H. 52, 1983, 43—58.

Ders., Deutsche Sprachgeschichte und politische Geschichte in ihrer Verflechtung. In: Werner Besch/Oskar Reichmann/Stefan Sonderegger (Hrsg.), Sprachgeschichte. Ein Handbuch zur Geschichte der deutschen Sprache und ihrer Erforschung. Bd. 2.1. Berlin/New York 1984, 29—37. (HSK 2.1).

Ders., Sprache und Politik im 19./20. Jahrhundert. Zur Funktion und Geschichte öffentlicher Texte. In: Georg Stötzel (Hrsg.), Germanistik — Forschungsstand und Perspektiven. Vorträge des Deutschen Germanistentages 1984. 1. Teil: Germanistische Sprachwissenschaft, Didaktik der Deutschen Sprache und Literatur. Berlin/New York 1985, 80—90.

Heiber, Helmut, Die Rhetorik der Paulskirche. Diss. [masch.] Berlin 1953.

Heringer, Hans Jürgen, „Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort.“ Politik — Sprache — Moral. München 1990.

Hermanns, Fritz, Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: Herbert Ernst Wiegand (Hrsg.), Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie II. Hildesheim/New York 1982, 87—108. (GL 3—6/80).

Ders., Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Josef Klein (Hrsg.), Politische Semantik. Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen 1989, 69—149.

Ders., Schlüssel-, Schlag- und Fahnenwörter. Zu Begrifflichkeit und Theorie der lexikalischen 'politischen' Semantik. In: Arbeiten aus dem Sonderforschungsbereich 245 „Sprache und Situation“, Heidelberg/Mannheim 1994. Bericht Nr. 81.

Holly, Werner, Zur Geschichte parlamentarischen Sprachhandelns in Deutschland. Eine historisch-pragmatische Skizze an Beispielen aus ersten Sitzungen von verfassunggebenden Versammlungen. In: LiLi 47, 1982, 10—48.

Ders., Politikersprache. Inszenierungen und Rollenkonflikte im informellen Sprachhandeln eines Bundestagsabgeordneten. Berlin/New York 1990.

Hopfer, Reinhard, Vom Konsens zum Dissens. Diskursanalytische Untersuchungen zum Wandel des Sprachgebrauchs der CDU in der DDR im Herbst 1989. In: Dietrich Busse/Fritz Hermanns/Wolfgang Teubert (Hrsg.), Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen 1994, 124—142.

Jung, Matthias, Öffentlichkeit und Sprachwandel. Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie. Opladen 1994.

Kaempfert, Manfred, Das Schlagwörterbuch. In: Franz Josef Hausmann/Oskar Reichmann/Herbert Ernst Wiegand/Ladislav Zgusta (Hrsg.), Wörterbücher. Dictionaries. Dictionnaires. Ein internationales Handbuch zur Lexikographie. Berlin/New York 1990, 1199—1206. (HSK 5.2).

Ders., Die Schlagwörter. Noch einmal zur Wortgeschichte und zum lexikologischen Begriff. In: Mu 100, 1990, 192—203.

Kainz, Friedrich, Über die Sprachverführung des Denkens. Berlin 1972.

Kalivoda, Gregor, Parlamentarische Rhetorik und Argumentation. Untersuchungen zum Sprachgebrauch des 1. Vereinigten Landtags in Berlin 1847. Frankfurt/Main/Bern/New York 1986.

Ders., Stilmittel in der parlamentarischen Debatte. In: Franz Hundsnurscher/Edda Weigand (Hrsg.), Dialoganalyse. Referate der 1. Arbeitstagung Münster 1986. Tübingen 1986, 199—212.

Ders., Stilistik der politischen Ausgrenzung. Diskursstilistische Untersuchung am Beispiel der Sozialistengesetzdebatte des Deutschen Reichstages von 1878. In: Barbara Sandig (Hrsg.), Stilistisch-rhetorische Diskursanalyse. Tübingen 1988, 269—284. (Forum Angewandte Linguistik 14).

Ders., Rhetorik des Machtstaates. Untersuchung zum parlamentarischen Sprachgebrauch im Deutschen Reichstag am Beispiel der Flottendebatten von 1898 und 1900. In: Armin Burkhardt/Franz Hebel/Rudolf Hoberg (Hrsg.), Sprache zwischen Militär und Frieden:



Aufrüstung der Begriffe? Tübingen 1989, 269—284. (FF 7).

Ders., Parlamentarischer Diskurs und politisches Begehren — Untersuchungen zum Sprachgebrauch des 1. Vereinigten Preußischen Landtags von 1847. In: Rainer Wimmer (Hrsg.), Das 19. Jahrhundert. Sprachgeschichtliche Wurzeln des heutigen Deutsch. Berlin/New York 1991, 374—399.

Kilian, Jörg, Sprache in der Politik. Ein einführender Überblick. In: Praxis Deutsch 21, 1994, Heft 125, 4—10.

Ders., Demokratische Sprache zwischen Tradition und Neuanfang. Am Beispiel des Grundrechte-Diskurses 1948/49. Tübingen 1997. (RGL 186).

Klaus, Georg, Sprache der Politik. Berlin (Ost) 1971.

Klein, Josef, Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik. In: Ders. (Hrsg.), Politische Semantik. Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen 1989, 3—30.

Ders., Kann man 'Begriffe besetzen'? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher. In: Liedtke, Frank/Martin Wengeler/Karin Böke (Hrsg.), Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen 1991, 44—69.

Kurz, Gerhard, Metapher, Allegorie, Symbol. Göttingen 1982. (Kleine Vandenhoeck-Reihe 1486).

Ladendorf, Otto, Historisches Schlagwörterbuch. Ein Versuch. Straßburg/Berlin 1906. [Nachdr. Hildesheim 1968.]

Lakoff, George/Mark Johnson, Metaphors We Live By. Chicago and London 1980.

Lasswell, Harold D./Nathan Leites et al., Language of Politics. Studies in Quantitative Semantics. Cambridge/Mass. 1949.

Laube, Heinrich, Das erste deutsche Parlament (= Heinrich Laubes gesammelte Werke in fünfzig Bänden. 38. Bd.). 3 Bde. Leipzig 1909. [Zuerst erschienen: Leipzig 1849.]

Leinfellner, Elisabeth, Der Euphemismus in der politischen Sprache. Berlin 1971.

Lübbe, Hermann, „Der Streit um Worte. Sprache und Politik.“ In: Ders., Bewußtsein in Geschichten. Studien zur Phänomenologie der Subjektivität. Mach — Husserl — Schapp — Wittgenstein. Freiburg 1972, 132—167 [wiederabgedruckt in: Hans Jürgen Heringer (Hrsg.), Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Tübingen 1982, 48—69].

Lübbe, Hermann, „Sein und Heißen. Bedeutungsgeschichte als politisches Sprechhandlungsfeld.“ In: Fortschritt als Orientierungsproblem — Aufklärung in der Gegenwart. Freiburg i. Br. 1975, 134—148 [wiederabgedruckt in: Wolfgang Bergsdorf (Hrsg.), Wörter als Waffen. Sprache als Mittel der Politik. Stuttgart 1979, 71—84].

Maas, Utz, „Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand“. Sprache im Nationalsozialismus. Versuch einer historischen Argumentationsanalyse. Opladen 1984.

Meyer, Richard M., Vierhundert Schlagworte. Leipzig

1900.

Meyer, Thomas, Die Inszenierung des Scheins. Voraussetzungen und Folgen symbolischer Politik. Essay-Montage. Frankfurt/Main 1992. (es NF 666).

Pelster, Theodor, Die politische Rede im Westen und Osten Deutschlands. Vergleichende Stiluntersuchung mit beigelegten Texten. Düsseldorf 1966.

Reich, Hans H., Sprache und Politik. Untersuchungen zu Wortschatz und Wortwahl des offiziellen Sprachgebrauchs in der DDR. München 1968.

Ders., Die Verwendbarkeit des Begriffs Euphemismus bei der Untersuchung politischen Sprachgebrauchs. In: Hellmann, Manfred W. (Hrsg.), Zum öffentlichen Sprachgebrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Methoden und Probleme seiner Erforschung. Düsseldorf 1973, 216—232. (Spr. d. Geg. 18).

Sandow, Jürgen, „Studien zur Rhetorik im deutschen Bundestag.“ In: Publizistik 7, 1962, Heft 5, 278—292.

Sarcinelli, Ulrich, Symbolische Politik. Zur Bedeutung symbolischen Handelns in der Wahlkampfkommunikation der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1987.

Schirmer, Dietmar, Auf der Baustelle des gemeinsamen Hauses. Zur Struktur eines politischen Symbols. In: Armin Burkhardt/K. Peter Fritzsche (Hrsg.), Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von „Wende“ und „Vereinigung“. Berlin/New York 1992, 211—22. (SPÖ 1).

Schlosser, Horst Dieter, Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen. Köln 1990.

Simmler, Franz, Die politische Rede im Deutschen Bundestag. Bestimmung ihrer Textsorten und Redesorten. Göppingen 1978.

Stammler, Wolfgang, Politische Schlagworte in der Zeit der Aufklärung. In: Ders., Kleine Schriften zur Sprachgeschichte. Berlin/Bielefeld/München 1954, 48—100.

Stötzel, Georg/Martin Wengeler, Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin/New York 1995. (SPÖ 4).

Strauß, Gerhard, Der politische Wortschatz. Zur Kommunikations- und Textsortenspezifika. Tübingen 1986.

Strauß, Gerhard/Ulrike Haß/Gisela Harras, Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch. Berlin/New York 1989.

Tillmann, Alexander, Ausgewählte Textsorten politischer Sprache. Eine linguistische Analyse parteilichen Sprechens. Göppingen 1989.

Wengeler, Martin, Die Sprache der Aufrüstung. Zur Geschichte der Rüstungsdiskussion nach 1945. Wiesbaden 1992.

Wülfing, Wulf, Schlagworte des Jungen Deutschland. Mit einer Einführung in die Schlagwortforschung. Berlin 1982.